

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertsechundsiebzigste öffentliche Sitzung

Nr. 176

Dienstag, den 5. September 1950

VI. Band

	Seite
Geschäftliche Mitteilungen	785, 787, 812
Geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Gesetzes über öffentlich bestellte und beedigte Sachverständige	785
Geschäftliche Behandlung der Initiativgesetzentwürfe der Abgeordneten Dr. Hoegner, Stöck und Genossen:	
a) Entwurf einer Gemeindeordnung (Beilage 4185),	
b) Entwurf einer Landkreisordnung (Beilage 4205) und	
c) Entwurf einer Bezirksordnung (Beilage 4206)	
Dr. Ehard, Ministerpräsident	785, 786
Stöck (SPD)	785, 786
Dr. Hoegner (SPD)	786
Scheffbeck (CSU)	786
Beschluß des Senats zu dem dringlichen Gesetz zur Änderung der Anlage zu Artikel 14 Absatz 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Beilage 4143)	787
Interpellation der Abgeordneten Stöck und Genossen betreffend Preissteigerung (Beilage 4159)	
Dr. Müller, stellv. Ministerpräsident	787, 811
Hagen Lorenz (SPD)	788
Dr. Hoegner (SPD), (zur Geschäftsordnung)	793
Dr. Seidel, Staatsminister (z. Geschäftsordnung)	793
Stöck (SPD), (zur Geschäftsordnung)	793
Weidner (FDP)	793
Dr. Rief (FDP)	795
Drechsel (SPD)	796
Moske (CSU)	800
Zehner (CSU)	800
Krempel (CSU)	801
Emmert (CSU)	803
Gröber (CSU)	804
Fischer Josef (CSU)	805
Maier Anton (CSU)	807
Maag (SPD)	808
Hemmersbach (FDP)	810

Nächste Sitzung 812

Die Sitzung wird um 15 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang eröffnet.

Präsident Dr. Stang: Ich eröffne die 176. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Dr. Anfermüller, Gentmayer, Hofer, Huth, Rabstmann und Dr. Rindt.

Bevor wir in die Beratung der Gegenstände der Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause folgende Mitteilungen zu machen.

Die Staatsregierung hat dem Hause den Entwurf eines Gesetzes über öffentlich bestellte und beedigte Sachverständige zugeleitet. Ich schlage dem Hause vor, den Entwurf dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zu überweisen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Aus der Mitte des Hauses sind von den Abgeordneten Dr. Hoegner, Stöck und Fraktion drei **Initiativgesetzentwürfe** eingereicht worden, nämlich

der Entwurf einer **Gemeindeordnung** (Beilage 4185),

der Entwurf einer **Landkreisordnung** (Beilage 4205)

und

der Entwurf einer **Bezirksordnung** (Beilage 4206).

Zur geschäftlichen Behandlung dieser Entwürfe möchte nun der Herr Ministerpräsident Stellung nehmen.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben wiederholt über die Vorlage des Entwurfs einer Gemeindeordnung gesprochen. Die Staatsregierung hat ihren Entwurf nunmehr fertiggestellt. Es wird nur noch eine abschließende Sitzung am Montag oder Dienstag nächster Woche im Kabinett stattfinden, und dann wird der Entwurf dem Landtag zugehen. Ich hätte deshalb die Bitte, daß der Initiativgesetzentwurf einer Gemeindeordnung der Abgeordneten Dr. Hoegner, Stöck und Fraktion nicht isoliert und für sich allein, sondern gemeinsam mit dem Regierungsentwurf behandelt wird.

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Stöck.

Stöck (SPD): Meine Damen und Herren! Ich will dem Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten nicht widersprechen, muß aber doch darauf aufmerksam machen, daß wir seit zwei Jahren die Vorlage des Gesetz-

(Stoß [SPD])

entwurfs einer Gemeindeordnung gefordert haben. Aber weil es immer nur geheißt hat, in Bälde werde der Entwurf vorgelegt, hat sich die Fraktion der SPD entschlossen, einen eigenen Initiativgesetzentwurf vorzulegen.

Wenn es nun so ist, wie der Herr Ministerpräsident sagt, daß der Entwurf der Regierung noch im Laufe der nächsten Woche vorgelegt werden kann, dann haben wir nichts dagegen, daß die Entwürfe gemeinsam beraten werden. Aber wenn es dann wieder heißen sollte: „in Bälde“, müßten wir schon darauf bestehen, daß unser Gesetzentwurf sofort vom Verfassungsausschuß beraten wird. Wir befürchten, daß wir sonst mit der Verabschiedung der Gemeindeordnung nicht mehr zu Rande kommen.

Präsident Dr. Stang: Ich möchte feststellen: Der Herr Ministerpräsident hat sowohl mir persönlich wie auch dem Hause die bestimmte Zusicherung, nicht etwa bloß eine vage Zusage gegeben, daß der Entwurf einer Gemeindeordnung, den die Staatsregierung fertiggestellt hat, dem Hause in der nächsten Woche zugeleitet wird. Ich halte es für durchaus zweckmäßig, daß dieser Gesetzentwurf zusammen mit dem Initiativgesetzentwurf der Fraktion der SPD im Rechts- und Verfassungsausschuß behandelt wird. Für dieses Verfahren liegt bereits ein Präzedenzfall vor: das Schulorganisationsgesetz. Auch dazu wurden ein Regierungsentwurf und ein Initiativentwurf aus dem Hause vorgelegt und zusammen behandelt. Im vorliegenden Falle empfiehlt es sich, genau so zu verfahren. Dem zuständigen Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen bleibt es überlassen, die weiteren Dispositionen zu treffen.

Ich darf also die Zustimmung des Hauses feststellen, daß so verfahren wird, wie ich vorgeschlagen habe. Dies entspricht auch der Anregung des Herrn Ministerpräsidenten.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stoß.

Stoß (SPD): Trotzdem können wir die drei Gesetzentwürfe der SPD-Fraktion einstweilen dem Ausschuß überweisen. Dem Ausschußvorsitzenden bleibt es vorbehalten, mit der Beratung der Gesetzentwürfe so lange zu warten, bis der Regierungsentwurf vorliegt.

(Abg. Dr. Hoegner: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Ich muß bitten, geschäftsordnungsmäßig zu verfahren. Gesetzesvorlagen, die aus der Mitte des Landtags eingereicht werden, müssen selbstverständlich dem zuständigen Ausschuß zugeleitet werden.

Präsident Dr. Stang: — Das ist selbstverständlich. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Chard, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren! Es liegt mir vollkommen fern, in die Dispositionen des Landtags einzugreifen. Ich meine aber, die Geschäftsordnung ist kein Evangelium, und letztlich hat

doch wohl das Plenum des Landtags darüber zu entscheiden, wann und wie ein Entwurf einem Ausschuß zur Beratung überwiesen wird. Darauf möchte ich hinweisen. Mein Wunsch geht eben dahin, das Plenum möge sich, wenn es nicht anders möglich ist, darüber schlüssig werden, daß die beiden Entwürfe einer Gemeindeordnung im Ausschuß gemeinsam behandelt werden.

(Abg. Schefbeck: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Schefbeck.

Schefbeck (CSU): Meine Damen und Herren! Die Rechtslage ist folgende: Das Plenum hat es in der Hand, einen Initiativgesetzentwurf oder auch einen Gesetzentwurf der Regierung zu behandeln oder nicht zu behandeln. Es ist also — ganz allgemein gesprochen — sehr wohl möglich, daß bei einem Gesetzentwurf die Mehrheit des Hauses erklärt: Ich will diese Materie nicht geregelt haben, oder: Ich will sie nicht so geregelt haben wie in dem Gesetzentwurf. Darum findet zum Beispiel im Bundestag, wenn ein Gesetzentwurf eingereicht wird, eine allgemeine Debatte statt. In verschiedenen Fällen hat eine solche Debatte bereits stattgefunden. Wenn also die Regierung erklärt, daß sie die Materie, nämlich die Gemeindeordnung, gesetzlich geregelt haben will beziehungsweise einen Entwurf in petto hat und diesen in der nächsten Woche dem Haus vorlegen wird, so ist es schon eine Sache des hohen Hauses, zu entscheiden, ob es einen Initiativgesetzentwurf, der eine Woche vorher vorgelegt wird, überhaupt als Beratungsgrundlage nimmt und nicht vielmehr den Regierungsentwurf, oder ob es beide zusammen beraten will.

Ich stelle hiermit namens der CSU-Fraktion den Antrag, den Entwurf einer Gemeindeordnung der SPD dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen mit der Auflage, ihn dort gleichzeitig mit der Regierungsvorlage zu beraten.

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Ich möchte die Bestimmung der Geschäftsordnung dem hohen Hause nochmals zur Kenntnis bringen. Dort heißt es in § 30 Absatz 2:

Gesetzentwürfe und Staatsverträge sind in der Regel von der Vollversammlung zunächst an einen Ausschuß zu verweisen.

Das stimmt mit dem Antrag überein, den Herr Kollege Schefbeck eben gestellt hat. Wenn der Gesetzentwurf der Staatsregierung kommt, dann ist es selbstverständlich, daß der Ausschuß, da es sich um verwandte Materien handelt, die Entwürfe gemeinsam behandelt. Darüber braucht man nicht weiter zu reden.

(Allgemeine Zustimmung.)

Präsident Dr. Stang: Wir sind darin einig, daß die beiden Entwürfe einer Gemeindeordnung nicht getrennt, sondern gemeinsam behandelt werden.

(Abg. Zietsch: Unter der Voraussetzung, daß der Regierungsentwurf, wie versprochen, in der kommenden Woche dem Haus vorgelegt wird!)

(Präsident Dr. Stang)

— Das ist selbstverständlich.

(Abg. Zietsch: Wenn das selbstverständlich ist, ist alles klar.)

Ich stelle also Einmütigkeit darüber fest, daß die beiden Gesekentwürfe unter der Voraussetzung, daß der Entwurf der Staatsregierung in der nächsten Woche vorgelegt wird, im Rechts- und Verfassungsausschuß zusammen behandelt werden.

Ich habe weiter mitzuteilen: Der Präsident des Bayerischen Senats teilt mit, daß gegen das Gesetz zur Änderung der Anlage zu Artikel 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 29. März 1949 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 69, 103) über Landtagwahl, Volksbegehren und Volksentscheid — Landeswahlgesetz — keine Einwendungen erhoben werden. Das Haus nimmt von dieser Mitteilung des Senats Kenntnis.

Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat einem Antrag der Abgeordneten Maier Anton und Dr. Hoegner (Beilage 3846) betreffend vorgriffweise Genehmigung von 90 Stellen für das Landesentschädigungsamt und einem Antrag Trettenbach, Hagen Lorenz und Kerner (Beilage 3848) betreffend vorgriffweise Genehmigung von Stellen im Bereich des Arbeitsministeriums die Zustimmung erteilt. Nun hat mit Schreiben vom 19. August 1950 der Herr Staatssekretär Dr. Müller vom Finanzministerium die Bitte ausgesprochen, diese Anträge erst bei den Beratungen der einschlägigen Einzelpläne zu behandeln, die inzwischen sowohl dem Haus wie dem Bayerischen Senat zugegangen seien. „Zugegangen“ mögen sie wohl sein, aber die Beratung der beiden Haushalte wird jedenfalls noch länger auf sich warten lassen, und die Zeit drängt. Diese Stellen müssen alsbald besetzt werden, da viele Anträge nicht behandelt werden können, weil es am nötigen Personal fehlt. Ich frage deshalb das hohe Haus, ob der Bitte des Herrn Staatssekretärs Dr. Müller entsprochen werden soll.

(Abg. Trettenbach: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Trettenbach.

Trettenbach (CSU): Meine Damen und Herren! Dazu kommt noch ein Antrag, wenigstens die Stellen bei den KB-Abteilungen und bei den Oberversicherungsämtern vorgriffweise zu besetzen, weil da die Verhältnisse am schlimmsten liegen.

Präsident Dr. Stang: Ich habe vor, wenn das Haus dem Wunsch des Herrn Staatssekretärs Dr. Müller nicht entspricht, die beiden Anträge auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen.

Ich frage zunächst das Haus, ob dem Wunsch des Herrn Staatssekretärs Dr. Müller stattgegeben werden soll. Ich bitte diejenigen, die ihm nicht stattgeben wollen, sitzen zu bleiben. — Damit ist der Antrag von Staatssekretär Dr. Müller abgelehnt. Die beiden Anträge werden auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden.

Wir treten dann in die Beratung der Gegenstände der heutigen Tagesordnung ein. Punkt 1 der Tagesordnung, Mündliche Anfragen gemäß § 44 Ab-

satz 2 der Geschäftsordnung, die sogenannte Fragestunde, muß auf morgen verschoben werden, weil der in der Regel am meisten befragte Herr Innenminister durch eine dringende Besprechung bei der Militärregierung, zu der er aufgefordert wurde, nicht anwesend sein kann. Das Haus ist mit der Vertagung einverstanden.

Wir kommen zur

Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Stodt und Genossen betreffend Preissteigerung (Beilage 4159).

Die Interpellation ist durch den Interpellanten der SPD bereits begründet und auch die Antwort der Staatsregierung ist schon erteilt. In der letzten (175.) Vollsitzung wurde jedoch beschlossen, die Interpellation auch zu besprechen. In diese Besprechung können wir sofort eintreten.

Der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Josef Müller hat aber gebeten, seiner Beantwortung noch eine Ergänzung anfügen zu dürfen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich erteile das Wort dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Müller.

Dr. Müller, stellvertretender Ministerpräsident: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Staatsregierung hat in ihrer Antwort auf die Interpellation der SPD zur Preisentwicklung darauf hingewiesen, daß sich der Reallohn des in Arbeit befindlichen Bevölkerungsteils mit 92 Prozent des Standes von 1938 allmählich wieder der Höhe der Vorkriegszeit nähere. Hiegegen wurden gewisse Einwendungen in einer Zuschrift des Landesbezirks Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorgebracht, wobei allerdings die formal richtige Berechnung des Bayerischen Statistischen Landesamts nicht angezweifelt wurde. Dagegen sollten nach Ansicht der Gewerkschaften bei der Berechnung eine Reihe wesentlicher Daten nicht berücksichtigt worden sein, nämlich

1. die wesentlich erhöhte direkte und die wesentlich vermehrte indirekte Steuerbelastung,
2. die beachtlich höheren Sozialversicherungsbeiträge,
3. die Zusammensetzung der einzelnen Ausgaben für den Verbraucher.

Ich gebe zu, daß die Grundsätze der Berechnung der Lebenshaltungskosten und des Reallohns von jeher zu den umstrittensten wissenschaftlichen Problemen der Statistik gehört haben. Nachdem sich aber die für die Statistik zuständigen Stellen in der Bundesrepublik nun einmal auf eine gewisse wissenschaftlich, politisch und sozial vertretbare Grundlage der Berechnung geeinigt haben, sollte daran nicht gerüttelt werden. Es besteht sonst die Gefahr, daß gerade die Wirtschafts- und Sozialstatistik zu einem zweifelhaften Mittel des politischen Kampfes wird.

Wenn ich deshalb jetzt zu den Einwänden der Gewerkschaften Stellung nehme, so geschieht dies auf der objektiven Grundlage der Berechnungen des Bayerischen Statistischen Landesamts.

Es ist durchaus richtig, daß bei der Berechnung des Reallohns, die bekanntlich auf den Indices der Brutto-

(Dr. Müller, fto. Ministerpräsident)

Wochenverdienste und der Lebenshaltungskosten aufbaut, weder die direkten Steuern noch die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung berücksichtigt sind. Im Gegensatz zur Auffassung des Gewerkschaftsbundes sind allerdings die indirekten Steuern berücksichtigt, da dem Index für die Lebenshaltungskosten die vom Konsumenten bezahlten Kleinhandelspreise zugrunde liegen. Es trifft auch zu, daß die Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben — der Fachmann nennt dies den „Warenkorb“ — im Jahre 1949/50 eine andere ist als im Jahre 1938.

Wenn Sie nun davon ausgehen, daß der Netto-Wochenlohn, wie es die Gewerkschaften durch den Abzug der direkten Steuern — Lohnsteuer, Bürgersteuer, Notopfer Berlin — und der Sozialversicherungsbeiträge wünschen, die Grundlage der Berechnung des Reallohns sein soll, so kommen Sie zu einem erstaunlichen Ergebnis: Der Index der Netto-Wochenverdienste liegt nämlich mit rund 152 Prozent, wenn wir 1938 gleich 100 setzen, wesentlich höher als der Index der Brutto-Wochenverdienste, der 142 beträgt. Der durchschnittliche Netto-Wochenverdienst betrug im Juli 1950 49,05 DM gegenüber 32,25 RM im September 1938, und der prozentuale Anteil der Abzüge am Brutto-Wochenlohn betrug im Juli 1950 nur 13 Prozent, während er 1938 15,1 Prozent ausmachte. Diese erstaunliche Entwicklung hängt zusammen mit der ab 1. Januar 1950 eingetretenen Steuerermäßigung und mit der Verringerung des Arbeitnehmeranteils zur Krankenversicherung von zwei Dritteln auf die Hälfte.

Berücksichtigen Sie nun noch die Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben, wie sie 1938 bestanden haben, so liegt der Reallohn im Juni 1950 nicht bei 92 Prozent, wie es in der Regierungserklärung festgestellt ist, sondern sogar bei 97,5 Prozent.

(Hört, hört!)

Die Herren von den Gewerkschaften werden nun auf den sogenannten „normalen Fortschrittsanspruch“ hinweisen, der trotz des verlorenen Krieges bei der Berechnung des Reallohnes berücksichtigt werden müsse. Ich glaube nicht, daß man auf Grund der vergangenen 10 Jahre heute schon sagen kann, was echter Fortschritt, Mode oder sogar Rückschritt ist. Auf eines aber weise ich Sie mit Nachdruck hin: Viele Fortschritte gegenüber 1938 sind in der Berechnung der Lebenshaltungskosten und des Reallohns inbegriffen, ohne daß sie besonders zum Ansatz gebracht werden. Der Verbraucher von heute hat vielleicht vergessen, daß er 1938 vielfach Waren kaufen mußte, die mit den heutigen qualitätsmäßig nicht mehr konkurrieren können. Allein das „deutsche Holz“, das damals den Textilsektor fast restlos beherrschte, ist ein typisches Beispiel, daß in jener Zeit aus politischen Gründen auf den Verbraucher keine Rücksicht genommen wurde. Auch das zum Teil vielfältigere Warenangebot von heute, vor allem im Lebensmittelhandel, sollte nicht übersehen werden. Und zum Schluß noch eines: Heute kann jeder über sein Geld verfügen, wie er will, 1938 waren hier doch erhebliche Einschränkungen vorhanden, die den sogenannten Warenkorb in seiner Gestaltung maßgeblich bestimmten. Ich halte auch dies für einen echten Fortschritt.

Im übrigen scheint es mir nach dem völligen Zusammenbruch unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung zweckmäßiger zu sein, den Mann auf der Straße weniger auf den Fortschritt aufmerksam zu machen, der vielfach blauer Dunst ist, als auf die Aufgaben des Alltags und die Verpflichtung, die er dabei hat. Ich halte es für unverantwortlich, den Arbeiter zum Streik aufzurufen und in ihm die Mission zu erwecken, daß durch eine allgemeine Erhöhung des Lohnes unser Lebensstandard gesteigert würde. Der Lebensstandard hängt nicht ab von der Versorgung mit Geld, sondern von der Versorgung mit Gütern.

(Abg. Bezold Otto: Sehr richtig!)

Deshalb kann nur durch eine Erweiterung des Exports der Lebensstandard erhöht werden; denn nur er ermöglicht uns den Ankauf der benötigten Güter und Nahrungsmittel. Ausweitung des Exports aber erfordert gesteigerte Arbeit und nicht Arbeitseinschränkung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Präsident Dr. Stang: Auch diese ergänzenden Ausführungen, die die Staatsregierung zur Interpellation gemacht hat, liegen der Debatte zugrunde.

In der Reihe der Redner hat das Wort der Herr Abgeordnete Lorenz Hagen.

Hagen Lorenz (SPD): Meine Damen und Herren! Im Auftrage meiner Fraktion habe ich trotz der heute noch abgegebenen Erklärungen des Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten zu erklären, daß wir mit der Beantwortung unserer Interpellation absolut unzufrieden sind, weil sie unserer Ansicht nach ungenügend ist.

Seit Wochen geht eine sich immer steigende Unruhe durch alle Haushaltungen und alle Betriebe und durch unser ganzes öffentliches Leben. Was ist die Ursache dieser Unruhe? Renten, Unterstützungen, Löhne und Gehälter stehen seit Jahr und Tag in einem trassen Mißverhältnis zu den Lebenshaltungskosten. Verschärft hat sich dieser Mißstand seit Anfang Juli dieses Jahres durch wesentliche Preissteigerungen bei den Lebensmitteln. Sie begannen mit dem Fortfall der Subventionen für Brotgetreide. Dadurch ist zunächst das tägliche Brot nicht unwesentlich verteuert worden, abgesehen von der Verschlechterung, die noch dazu eingetreten ist. Fast alle Lebensmittelpreise wurden nach Ausbruch des Korea-Konflikts, aber auch durch Angstkäufe, Warenverknappung und Preisspekulationen in die Höhe getrieben.

Wenn wir von Preisspekulationen sprechen, so möchten wir dabei ausdrücklich betonen, daß es nicht unwesentliche Kreise gibt, die diese Weltlage zum Anlaß genommen haben, um für sich auch noch einen privaten Profit zu erreichen.

(Abg. Bodesheim: Welche Kreise sind das? Nennen! Nennen! — Gegenruf von der SPD: Alle die, die teurer geworden sind!)

— Das gilt für all das, was im Einzelhandel teurer geworden ist und was auch infolge der Großhandelspreise eine Teuerung erfahren hat.

(Abg. Bodesheim: Die Weltmarktpreise sind gestiegen durch den Korea-Krieg!)

(Hagen Lorenz [SPD])

— Wenn Sie mich hier herausfordern wollen, so will ich Ihnen ein Beispiel nennen: Eine Firma für Elektroinstallation in München hat 50 Tonnen Zucker eingekauft. Ich frage Sie: Was hat eine Installationsfirma überhaupt mit Zuckerhandel zu tun?

(Abg. Bodesheim: Da haben Sie vollständig recht!)

Sie hat Zucker eingekauft, und zwar das Kilo für 1,30 DM, und ihn für 1,40 DM weiterverkauft.

(Abg. Bodesheim: Kollege Hagen, öffentlich anprangern diese Leute!)

Ist das gerecht? Ist das nicht eine Preissteigerung?

(Zurufe von der FDP und CSU.)

Stellen Sie sich doch nicht schützend vor diese Kreise hin, die dazu beigetragen haben, daß heute die Verteuerung Platz greift!

(Widerspruch und Unruhe bei der FDP und CSU.)

So offensichtlich sollte man das meiner Meinung nach denn doch nicht machen.

(Protestrufe und anhaltende Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Stang: Ich bitte, die Debatte in ruhigerem Ton durchzuführen.

(Zuruf von der CSU: Den Namen nennen!)

Hagen Lorenz (SPD): Ich werde den Namen dort anbringen, wo es angemessen ist: bei der Kriminalpolizei.

(Sehr richtig! bei der FDP. — Abg. Zillibiller: Aber wir wollen den Bericht haben, ob das stimmt oder nicht!)

— Sowohl, das wird die Kriminalpolizei ermitteln und feststellen.

(Abg. Zillibiller: Hier herin, Herr Kollege Hagen! — Weiterer Zuruf von der CSU: Diese allgemeinen Beschuldigungen haben keinen Zweck!)

Das sind keine allgemeinen Beschuldigungen!

(Steigende Unruhe, insbesondere bei der CSU und FDP.)

Präsident Dr. Stang: Ich darf bitten, die Würde des Hauses zu wahren; mit Tumult kommt man nicht weiter.

Hagen Lorenz (SPD): — Der Name dieser Firma ist leider in meinen Notizen nicht verzeichnet.

(Zurufe von der CSU und FDP: Aha!)

— Ich werde Ihnen aber den Namen bringen; seien Sie davon überzeugt, meine Damen und Herren! Sie werden doch wahrscheinlich nicht glauben, daß wir der Kriminalpolizei irgend etwas melden, was nicht Hand und Fuß hat.

(Zurufe.)

Aber Sie sollten sich nicht schützend vor solche Leute oder Elemente — wie ich sie bezeichne — hinstellen.

(Widerspruch. — Zuruf von der CSU: Tun wir nicht!)

Das ist es, was meiner Meinung nach hier im hohen Hause nicht richtig verstanden wird und was ich meinte, wenn ich vorhin schon sagte, daß in den Betrieben und in den Arbeiterkreisen große Unruhe herrscht und die Gefahr einer Entwicklung besteht, die Sie nicht wünschen können und die auch wir nicht wollen.

(Abg. Weidner: Sie vertiefen ja die Psychose!)

— Herr Kollege Weidner, es wäre manchmal gut, wenn nicht bei den Gruppen, die Sie zu vertreten haben, bei irgendwelchen geringeren Anlässen eine größere Psychose vorhanden wäre. Sobald es sich da aber darum dreht, die Interessen der „Wirtschaftsbürger“, wie sie genannt werden, zu vertreten, spricht man nie von Psychosenstimmung; man spricht nur dann von Psychosenstimmung, wenn sich der Arbeiter, weil er sich zu sehr getreten fühlt, endlich auch einmal um sein Recht rührt.

Nun, meine Damen und Herren, der Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel hat anlässlich seiner Eröffnungsrede bei der Leistungsschau in Schweinfurt ungefähr folgendes gesagt: Bayern hat sein redlich' Teil zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mit beigetragen. — Wir stimmen dem zu, Herr Wirtschaftsminister; nur fragen wir weiter: Wer hat an diesem Wiederaufbau profitiert? Wie ist die Verteilung des Sozialprodukts vor sich gegangen?

Dabei müssen wir feststellen, daß sich die bayerische Wirtschaft im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft gut saniert hat; daß aber gerade diejenigen, die diese Werte geschaffen haben, heute dazu verurteilt sind, von einer Einkommenssubstanz zu leben, die zum überwiegenden Teil nicht einmal dem Lebensnotwendigen entspricht. Wir stellen fest, daß die deutschen Unternehmer 16 Milliarden D-Mark in ihren Betrieben neu anlegen konnten. Diese 16 Milliarden sind nun nicht irgendwie Investitionsvermögen, sie sind nicht als solches zu betrachten, sondern sie mußten neu erarbeitet werden! Sie mußten neu erarbeitet werden von denen, die sich in abhängiger Arbeit befinden.

(Abg. Bodesheim: Um Arbeitsplätze zu schaffen, Herr Kollege, nicht um die Gelder zu verschlingen, sind die 16 Milliarden angesammelt worden!)

— Mein lieber Kollege, so ist es ja nicht! Wenn es richtig wäre, daß diese 16 Milliarden nur in der Wirtschaft investiert worden sind, und wenn nicht so viele Beträge in dunkle Kanäle geflossen wären, ja sogar ins Ausland, dann hätten Sie recht. Aber so haben Sie nicht recht. Wir sehen also, daß sich der Wiederaufbau auf der einen Seite im Interesse einer kleinen Schicht vollzogen hat, während demgegenüber das Resultat des Wiederaufbaus dem arbeitenden Menschen in Westdeutschland nur ein bescheidenes Lebensniveau gestattet. Nach den Feststellungen des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes beziehen rund 52 Prozent der gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten ein Einkommen unter 250 DM brutto pro Monat. Wir haben nach dieser Richtung eine Feststellung getroffen, wobei errechnet wurde, daß darunter 5 Millionen Haushalte mit zwei und 3½ Millionen Haushalte mit drei Köpfen sind.

(Hagen Lorenz [SPD])

Und nun wird gerade in dieser Situation nicht nur das Brot, sondern werden alle anderen lebenswichtigen Konsumgüter in einer Art und Weise teurer, die es dem Arbeiter geradezu unmöglich macht, mit seinem Einkommen ein halbwegs menschliches Dasein zu führen. Darf ich Ihnen ein kleines Beispiel dafür anführen, wie die Brotverteuerung gerade diejenigen trifft, die nur ein Einkommen bis zu 250 DM brutto im Monat haben! Wir haben festgestellt, daß derjenige, der ein Bruttoeinkommen bis zu 250 DM im Monat hat, nicht wie der Normalverbraucher 5,5 Prozent, sondern 12½ Prozent seines Realeinkommens für Brot ausgibt, da er sich die hochwertigeren Lebensmittel nicht in dem Maße kaufen kann wie derjenige, der ein höheres Einkommen hat. Diese 12½ Prozent stellen also eine weitere Belastung derjenigen dar, die an sich schon ein so geringes Einkommen aufzuweisen haben.

Etwas anderes: Wir haben uns in diesem Hause schon des öfteren über die Bezahlung der **Beamten und Angestellten** in den Verwaltungen und Betrieben des **Staaes** unterhalten. Diese Leute haben seit 1928 keinerlei Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr bekommen. Für die besser bezahlten, die sogenannten höheren Beamten mag das vielleicht nicht von so ausschlaggebender Bedeutung sein. Aber für diejenigen, die als **mittlere und kleine** Beamte und Angestellte zu bezeichnen sind, ist diese Tatsache geradezu katastrophal, wenn wir die Lebenshaltungskosten von damals, also vom Jahr 1928, den heutigen vergleichsweise gegenüberstellen. Es ist undenkbar, daß heute ein kleiner Angestellter oder Beamter mit einem Gehalt von 150 bis 180 DM noch leben kann. Er muß aber leben! Hier hat unserer Meinung nach der Staat die absolute Verpflichtung, sich von sich aus als ein sozialer Arbeitgeber zu zeigen; er hat diesen Beamten und Angestellten die Zulagen zu geben, die notwendig sind, damit dieser Personenkreis auf die Stufe des heutigen Industriearbeiters zu stehen kommt, dessen Lohn ja auch noch vollkommen ungenügend ist.

Was für die mittleren und unteren Beamten und Angestellten zutrifft, das trifft selbstverständlich in einem weit größeren Maße zu für die **Rentner der Sozialversicherung**, für die **Bezieher der Arbeitslosenunterstützung**, für die **Arbeitslosenfürsorgeempfänger** und für diejenigen, die der **allgemeinen Fürsorge** unterliegen und von ihr erhalten werden müssen.

Meine Damen und Herren! Wir haben nun seit Jahr und Tag versucht, Erschütterungen der Wirtschaft dadurch hintanzuhalten, daß wir immer und immer wieder die Forderung erhoben haben, die Diskrepanz zwischen Preis und Lohn von der **Preisseite** her zu bereinigen. Was müssen wir feststellen? Ist bisher nach der Richtung hin irgend etwas getan worden? Wenn wir hier im Bayerischen Landtag darüber gesprochen haben, dann hat man uns erklärt: Darauf haben wir keinen Einfluß. Diese Antwort bekamen wir schon zu der Zeit, als wir noch den Wirtschaftsrat in **Frankfurt** hatten. Man hat immer mit dem Finger nach **Frankfurt** gezeigt und erklärt: Von dort aus muß die Bereinigung geschehen! Haben wir uns dann bemüht, in **Frankfurt** nach der Richtung hin etwas zu erreichen, dann hat man uns umgekehrt erklärt: Bitte, es ist

Aufgabe der Wirtschaftsminister der einzelnen Länder, sich um das Verhältnis zwischen Preis und Lohn zu kümmern, wir vom Wirtschaftsrat aus können hier nicht eingreifen! Dasselbe Spiel wiederholt sich nun zwischen **München** und **Bonn**, wenn wir vom bayerischen Gesichtspunkt aus die Frage aufwerfen wollen.

Niemand kann uns bestreiten, daß wir bereit waren, die Wirtschaft nicht durch das Ingangsetzen der Lohn- und Preisspirale zu stören, aber, meine Damen und Herren, einmal muß auch hier ein **Schlußstrich** gemacht werden.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Einmal kann man es auch dem Arbeiter nicht mehr zumuten, dauernd nur von Versprechungen zu leben. Dann aber wird das eintreten, was der Herr stellvertretende Ministerpräsident vorhin angedeutet hat: Dann werden eben die Arbeiter und ihre Organisationen zum letzten Mittel greifen, das ihnen bleibt: dann müssen sie den Ausgleich zwischen Preisen und Löhnen von der **Lohnseite** her zu lösen versuchen, und dann wird eben der Streik kommen. Wir sind uns auch darüber im klaren, meine Damen und Herren, daß wir damit zu einem Mittel greifen müssen, das auch uns nicht sympathisch ist. Man soll uns aber nicht die **Verantwortung** für diese Maßnahme zuschieben; denn wir haben den Nachweis erbracht, daß wir jahrelang den Versuch gemacht haben, von der Preisseite her zu einer Regelung des Verhältnisses zwischen Preis und Lohn zu gelangen.

Der Herr Staatsminister Dr. Seidel hat in Schweinfurt ausgeführt, daß die bayerische Wirtschaft ihren redlichen Anteil dazu beigetragen hat, daß die Wirtschaft wieder saniert worden ist. In erster Linie haben aber diese Werte die Arbeiter und die Angestellten geschaffen, die vor der Währungsreform um Gottes Lohn und um weiter nichts gearbeitet haben. Das sollte man jetzt, nachdem die Wirtschaft wieder etwas stabilisiert ist und man glaubt, auf die Arbeiterschaft verzichten zu können, doch nicht ganz vergessen, wenn nicht aus der ganzen Geschichte etwas anderes entstehen soll.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch etwas anführen: Wir haben nicht nur versucht, von der Preisseite her zu einem besseren Lohnverhältnis zu kommen, sondern wir haben auch versucht, die **überzogenen Handelspreisen** zu beseitigen. Wir haben den unnötigen Zwischenhandel angeprangert, obwohl wir bereit sind, den notwendigen Handel als Mittler zwischen Produzenten und Konsumenten anzuerkennen und ihm das Wort zu reden. Alle diese Forderungen sind aber nicht beachtet worden.

In dieser Situation versucht der Herr **Bundeswirtschaftsminister**, Professor Dr. Erhard, die Gefahr damit zu bagatellisieren, daß er die Behauptung aufstellt, die hier vorgetragenen Forderungen würden nur von den Gewerkschaftsführern erhoben, nur die Gewerkschaften inszenierten ein hysterisches Geschrei, die Arbeiterschaft denke gar nicht daran und sei gar nicht bereit, diesem hysterischen Geschrei zu folgen. Ich möchte dem Herrn Wirtschaftsminister Professor Dr. Erhard nur einmal empfehlen, in all die Hunderte von Versammlungen und Rundgebungen zu gehen, die wir in

(Hagen Lorenz [SPD])

den letzten Wochen und Monaten abhalten mußten, um eine gewisse Beruhigung herbeizuführen und

(Zuruf von der SPD: Er soll vier Wochen als Arbeiter im Betrieb arbeiten, dann kann er es selbst feststellen!)

ein gewisses Verständnis für die Gesamtlage zu erwecken. Dann würde er vielleicht eine derart unsinnige Behauptung wie in diesem Falle nicht mehr aufstellen. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich als Vorsitzender der Gewerkschaften in Bayern eine sehr enge Fühlungnahme mit den **Betriebsräten** aller Werke nicht nur in München, sondern in ganz Bayern habe. Ich könnte Ihnen Stöße, Hunderte und Überhunderte von Zuschriften der Betriebsräte vorlegen. Ich könnte Ihnen auch Entschließungen vorlegen, von denen meines Wissens ein Teil, nur ein kleiner Bruchteil, auch an das hohe Haus zu Händen des Herrn Präsidenten gerichtet worden ist. Aus diesen Zuschriften mag man die **Erregung** ersehen, wie sie heute in den **Betrieben** besteht. Da ist es ganz eigentümlich, daß ein führender Mann der Industrie, ein Herr Bergen in Altona, die Behauptung aufstellt, man könnte diesen ganzen „Kladderatsch“, wie er sich ausdrückt, dadurch beseitigen, daß man sämtliche Gewerkschaftsführer einfach hinter Schloß und Riegel setzt.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Er geht also noch nicht ganz so weit wie der Herr Kollege Nirschl, der mir anlässlich der Beratung des Betriebsrätegesetzes zurief: Der Laternenpfahl, an dem Sie aufgehängt werden, steht bereits! Aber Herr Bergen empfiehlt wenigstens, die Gewerkschaftsführer zu beseitigen, weil dadurch die breite Masse der Arbeiterschaft wieder führerlos wird. Man glaubt, daß man dann mit den Arbeitern vielleicht wieder machen kann, was man will.

Meine Damen und Herren! Nicht nur die Gewerkschaftsführer oder die etwas schlecht angeschriebenen Sozialdemokraten stellen diese Forderungen bei jeder Gelegenheit wieder auf und bringen sie den staatlichen Stellen zur Kenntnis. Ich habe den Brief eines katholischen Pfarrers bekommen; er heißt **Pfarrer Klinthammer**. Dieser Herr Pfarrer Klinthammer erklärt sich ebenso wie wir bereit, in jeder Rundgebung über die schreiende Ungerechtigkeit zu sprechen, die der arbeitenden Bevölkerung in der Lohn- und Preisfrage angeht.

(Zuruf von der SPD.)

Sie sehen also, wir befinden uns hier in guter Gesellschaft. Deshalb sage ich: Nehmen wir die Dinge so ernst, wie sie sind!

(Abg. Weidner: Und nicht mehr!)

— Ja, nicht mehr! Vielleicht, Herr Kollege Weidner, werden Sie erst dann zur Einsicht kommen, wenn es zu spät ist.

(Vereinzelt Lachen bei der CSU.)

Diese Gefahr besteht. Ich darf Ihnen zeigen, wie von der anderen Seite gearbeitet wird. Ich weiß nicht, ob Sie das **Flugblatt** gesehen haben, das von den **Linksradikalen** herausgegeben wird. Ich will Ihnen nur einige Schlagzeilen daraus vorlesen. In diesem Flug-

blatt heißt es: „Schon wieder Kanonen statt Butter!“ — „Heraus zum Massenprotest gegen die Bonner Hungerpolitik!“ — „Adenauer stiehlt dem Volk die Margarine vom Brot!“ — „Nach Fleisch und Zucker werden teurer!“ — Und weiter wird gesagt:

Wo das Volk regiert, fallen die Preise. Beobachten allein hilft nichts. Protestiert überall machtvoll gegen die Preiserhöhungen! Werktätige in allen Betrieben, fordert von eurer Gewerkschaftsleitung die Anwendung aller Kampfmittel, um die Erhöhung der Brot-, Fleisch- und Fettpreise rückgängig zu machen! Kämpft entschlossen für die Erhöhung eurer Löhne! Hausfrauen, versammelt euch in euren Wohnungen! Faßt Protestentschlüsselungen an die Adresse der Bonner Millionärregierung! Werktätige in Stadt und Land, demonstriert machtvoll gegen den Angriff auf eure Lebenshaltung und führt überall Protestaktionen durch!

Die Schlussfolgerung, die man daraus zieht, ist die, daß man mit diesen Dingen politische Geschäfte zu machen versucht. Der Schlusssatz in diesem Pamphlet heißt:

Das deutsche Volk will Butter und keine Kanonen. Verteidigt euer Leben, verteidigt den Frieden!

Das schreibt die Seite, die meiner Auffassung nach nicht so ganz unberücksichtigt gelassen werden sollte.

(Abg. Helmerich: Die hinübergeschickt gehört nach Rußland! — Abg. Dr. Hundhammer: Wie wäre es, wenn die Ostzone ihren Lebensstandard einmal dem der Westzonen anpassen würde? — Sehr gut! rechts.)

— Herr Kollege Dr. Hundhammer, das wird von der anderen Seite bestritten, und hier bei uns herüber sagen die Agitatoren von jenseits des Eisernen Vorhangs natürlich nicht, wie die Lebenshaltung drüben tatsächlich ist!

(Abg. Dr. Hundhammer: Richtig!)

Sie werden mir doch nicht bestreiten wollen, daß das alte Sprichwort zutrifft, — wie heißt es nun rasch? — Eingang finden in Politik und — —

(Abg. Frißl: In hungrige Mägen nur Eingang finden Suppenlogik mit Knödelgründen!)

— Der Herr Kollege Frißl hat es eben gesagt. Darauf kommt es uns an und deshalb sagen wir: Wir müssen endlich einmal dazu Stellung nehmen, wie wir zu anderen Lebenshaltungskosten und zu einem **anderen Verhältnis zwischen Preis und Lohn** kommen.

Auch der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer sagte anlässlich einer Pressekonferenz: Ich habe für eine solche Verantwortungslosigkeit — er meinte damit die eingetretenen Preissteigerungen — kein Verständnis, ich verstehe nicht, daß hier mutwillig aus einer politischen Hysterie — Verzeihung, das war nicht Dr. Adenauer, sondern der bereits angeführte Wirtschaftsminister Professor Dr. Erhard — zusammengeschlagen werden soll, was wir in 1½ Jahren aufgebaut haben.

Meine Damen und Herren, ich habe hier schon einmal die Erklärung abgegeben: Das, was Herr Wirtschaftsminister Professor Dr. Erhard mit seiner sogenannten liberalisierten oder freien Wirtschaft aufgebaut hat, sind nur die jetzt wieder ganz langsam abbröckeln-

(Hagen Lorenz [SPD])

den zwei Millionen Arbeitslosen; etwas anderes hat er mit seiner freien Wirtschaftspolitik nicht erreicht.

(Unruhe rechts. — Abg. Brunner: Ihr Genosse Zorn sagt aber etwas anderes.)

— Ich kann nicht auf jeden einzelnen eingehen, der hier spricht. Aber ich kann Ihnen sagen, daß für diejenigen, bei denen die Wirtschaftspolitik nicht nur für den Geldbeutel, sondern ebenso auch für den Magen Bedeutung hat, nicht viel mehr erreicht worden ist, als was ich eben behauptet habe.

(Unruhe rechts und Zuruf des Abg. Brunner.)

Auch der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer hat vor der Bundespresskonferenz in Bonn erklärt, die Bundesregierung habe den dringenden Wunsch und werde alle Kraft daran setzen, daß das Lohn- und Preisgefüge nicht erschüttert wird und daß keine sozialen Spannungen entstehen. Die Lage, so fuhr er fort, auf den internationalen Rohstoffmärkten sei zwar geeignet, Preisschwankungen hervorzurufen. Die Bundesregierung sei aber fest entschlossen, Preisschwankungen im Innern nicht zuzulassen. Die Regierung habe Maßnahmen getroffen, so erklärte Dr. Adenauer weiter, daß Brot- und Getreidepreise unverändert bleiben. Wenn unvorherzusehende Schwankungen auf dem internationalen Rohstoffmarkt gewisse Lohnerhöhungen erforderlich machen sollten, dann müsse damit unbedingt eine Besserung des Loses des sozial Schwächeren verbunden sein.

Deshalb, meine Damen und Herren, sagen wir, wir müssen endlich einmal zu einer anderen Regelung auf diesem Gebiet kommen. Denn das, was der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer erst am 24. August angekündigt hat, also nicht vielleicht zu dem Zeitpunkt, als die Subventionen weggefallen sind, ist nicht eingetroffen. Ich will Ihnen dafür nur ganz kurz einige kleine Beispiele sagen: Das Roggenbrot ist gegenüber dem 15. Juni 1950 bis zum 18. August um 10,5 Prozent gestiegen, Mischbrot um 8,6, Weißbrot um 12, Kleingebäck um 9, Weizenmehl der Type 1050 um 11,7, der Type 812 um 14,3, der Type 550 um 14,6, Weizengrieß sogar um 18,3 Prozent. Auch Graupen, also ganz minderwertige Lebensmittel, sind um 3,9 Prozent gestiegen, ebenso Haferflocken im losen Verkauf um 12,3 und in Packungen um 19,9 Prozent.

(Abg. Weidner: Was ist dann gefallen, Herr Kollege Hagen?)

Ich darf vielleicht auch noch auf die Fleischpreise hinweisen. Die Zahlen, die ich Ihnen jetzt verlese, verstehen sich auf je 100 Kilogramm. So kosteten Schweine lebend am 20. Juni 1950 196 DM und am 28. August 274 DM. Die ungarischen Importschweine

(Zuruf: sind verschoben!)

kosteten am 18. Juli 234 DM und am 28. August 260 DM. Kälber lebend kosteten am 27. Juni 150 DM und am 28. August 230 DM. Es sind also Steigerungen eingetreten in dem ersten von mir angezogenen Fall um 39,8 Prozent, bei den ungarischen Importschweinen um 11 Prozent und bei den Kälbern, die ja ein Inlandsprodukt sind, sogar um 53,3 Prozent.

Nun kann man doch nicht die Behauptung aufstellen,

(Unruhe rechts)

daß keine Preissteigerungen eingetreten seien, die den arbeitenden Menschen berechtigen, einen **Ausgleich** zu verlangen, einen Ausgleich in den Löhnen, nachdem ein Fallen der Preise nicht möglich ist. Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, machen Sie uns nicht für das verantwortlich, was aus diesen Preissteigerungen unter Umständen entstehen kann! Ich könnte Ihnen hier zum Beweis dafür, daß die Erregung bis tief in die Beamtenkreise hineingeht, den Brief eines Betriebsrats einer staatlichen Dienststelle verlesen, der sich ganz bitter darüber beklagt, daß gerade der Staat als Arbeitgeber — wie er es in etwas harten Worten bezeichnet — so rückständig ist.

Nun müssen wir, meine Damen und Herren, daran denken, daß einmal auch auf der bayerischen Landesebene etwas geschieht. Wir haben deshalb einen **Dringlichkeitsantrag** eingebracht, den ich vielleicht kurz — ich weiß nicht, ob er an Sie schon verteilt worden ist — zur Verlesung bringen möchte; denn wir müssen auch von der bayerischen Staatsregierung erwarten, daß sie das ihr Mögliche dazu beiträgt, daß endlich einmal das Notwendige getan wird. Unser Dringlichkeitsantrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. bei der Bundesregierung sich mit allen Mitteln und mit größter Entschiedenheit für die Stabilisierung des Preisniveaus, insbesondere für sozial tragbare Preise bei den wichtigsten Lebensmitteln einzusetzen;
2. die Preisüberwachungsbehörden anzuweisen, die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel und sonstigen Verbrauchsgüter schärfstens zu überwachen und gegen Preisverstöße energisch einzuschreiten;
3. bis zum 10. Oktober 1950 dem Landtag zu berichten, welchen Erfolg die ergriffenen Maßnahmen gehabt haben.

Das, meine Damen und Herren, ist unser Dringlichkeitsantrag. Wir bitten, daß auch Sie ihm Ihre Zustimmung geben.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen Satz sagen: Sorgen wir alle zusammen dafür — auch Sie mit, meine Damen und Herren von der rechten Seite —, daß der Ast, auf dem wir alle zusammen sitzen, nicht durch unsere Indifferenz, die wir bisher leider gezeigt haben, abgesägt wird und daß wir nicht alle mit in den Strudel hineingezogen werden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Stang: Meine Damen und Herren, der Dringlichkeitsantrag, den der Herr Abgeordnete Lorenz Hagen vorhin dem Haus bekanntgegeben hat, ist auch in den Einlauf des Landtagsamts gekommen. Er kann selbstverständlich nicht im Zusammenhang mit der Interpellation behandelt werden, weil Anträge im Anschluß an eine Interpellation nur insoweit eingebracht werden können, als sie zum Ausdruck bringen, daß die Antwort der Regierung der Auffassung des Landtags entspricht oder nicht entspricht. Der Antrag,

(Präsident Dr. Stang)

dessen dringlicher Charakter zunächst durch das Haus beziehungsweise durch den Ältestenrat anerkannt werden muß, wird also dem zuständigen Ausschuß zugehen und dann auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

(Abg. Dr. Hoegner: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Hoegner!

Dr. Hoegner (SPD): Es ist geschäftsordnungsmäßig selbstverständlich möglich, einen Dringlichkeitsantrag und überhaupt jeden Antrag mit einer Interpellation zu verbinden. Nur kann im Anschluß an eine Interpellation bloß der Antrag gestellt werden, daß das Haus mit der Erklärung der Staatsregierung einverstanden oder nicht einverstanden ist. Aber die gemeinsame Behandlung von Anträgen mit Interpellationen haben wir wiederholt gehabt.

Präsident Dr. Stang: Einschlägig ist § 43 Absatz 4 der Geschäftsordnung. Er lautet:

Anträge zur Interpellation können nur lauten, daß die Antwort des Ministers der Meinung des Landtags entspricht oder nicht entspricht. Sie müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterstützt sein usw.

Zu dieser Interpellation kann also nur ein Antrag dieses Inhalts eingebracht werden.

(Zuruf: Das ist richtig!)

Der Dringlichkeitsantrag, den Herr Kollege Lorenz Hagen und seine Fraktion eingebracht hat, kann als selbständiger, von der Interpellation losgelöster Antrag betrachtet werden. Er muß aber vom Haus beziehungsweise durch Entscheidung des Ältestenrats als Dringlichkeitsantrag anerkannt sein.

(Abg. Dr. Hundhammer: Richtig!)

So müssen wir also verfahren.

Ich bitte nun das Haus, darüber zu entscheiden, ob dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag anzusehen ist. Ich bitte diejenigen, die ihn als Dringlichkeitsantrag bezeichnen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

(Abg. Stod: Sonst müssen wir noch einmal debattieren!)

Dann werde ich ihn nicht im engeren Zusammenhang mit der Interpellation, sondern als selbständigen Antrag behandeln.

(Abg. Dr. Hoegner: Er braucht also nicht dem Ausschuß überwiesen zu werden.)

— Dringlichkeitsanträge können sofort behandelt werden.

(Abg. Stod: Sonst muß die Materie noch einmal behandelt werden. Wir wollen doch keine doppelte Diskussion!)

Herr Staatsminister Dr. Seidel!

Dr. Seidel, Staatsminister: Es liegt doch ein ähnlicher Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor,

über den der Landwirtschaftsausschuß bereits beraten und Beschluß gefaßt hat. Ich wundere mich darüber, daß jetzt dieser neue Dringlichkeitsantrag kommt. Er geht zwar etwas weiter,

(Zuruf von der SPD: Deshalb!)

aber der andere Antrag muß auch noch behandelt werden.

(Zuruf von der CDU: Es kommen ja die Wahlen!)

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Stod, zur Geschäftsordnung!

Stod (SPD): Meine Damen und Herren! Es ist so: Wir haben den Antrag gestellt, um nicht über dieselbe Materie noch einmal debattieren zu müssen. Diesen Dringlichkeitsantrag kann man sofort mit der Interpellation verbinden; natürlich nicht mit der Abstimmung über die Interpellation, vielmehr ist über den Dringlichkeitsantrag gesondert abzustimmen.

Präsident Dr. Stang: Um für die Zukunft jeden Zweifel darüber auszuschließen, daß so verfahren werden muß, wie ich vorhin bezüglich der Anträge zu der Interpellation dargelegt habe, bitte ich, nach der Geschäftsordnung zu verfahren. In § 38 Absatz 2 der Geschäftsordnung heißt es ausdrücklich:

Anträge gelten als dringlich, wenn sie vom Ältestenrat als solche anerkannt oder von mindestens 50 Mitgliedern als dringlich bezeichnet werden. Sie sind vor anderen auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Richtig!)

Der Antrag wird auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden. Ich glaube, damit ist für die Zukunft jeder Zweifel ausgeschlossen.

(Abg. Dr. Hundhammer: So soll verfahren werden!)

In der Reihe der Redner hat das Wort der Herr Abgeordnete Weidner.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Es sind vorhin von dem Herrn Kollegen Hagen zum Teil sehr harte Worte gefallen, und auch die Interpellation enthält einige sehr scharfe Ausdrücke. Es heißt da zum Beispiel an einer Stelle:

„Glaubt sie,

— die Staatsregierung —

daß die schaffenden Stände unseres Volkes auf die Dauer die trasse Selbstsucht raffender Kreise mit Lammesgeduld hinnehmen?“

(Lebhafte Zurufe von der SPD, unter anderem: Wollen Sie das bestreiten?)

Meine Damen und Herren, ich muß dazu einige Feststellungen treffen. Bevor ich aber zu diesen Feststellungen komme, möchte ich Ihnen etwas aus dem „Düsseldorfer Handelsblatt“ vorlesen. Ich nehme das „Düsseldorfer Handelsblatt“ deshalb, weil auch der Herr Kollege Drechsel im Frühjahr dieses Jahres an anderer Stelle einmal dieses Blatt zitiert hat.

(Abg. Drechsel: Das werde ich noch öfter tun, wenn es mir paßt!)

(Weidner [FDP])

Das „Düsseldorfer Handelsblatt“ schrieb Mitte August:

„Auch die Gewerkschaftsvertreter konnten bei den letzten Bonner Besprechungen nicht bestreiten,

— Herr Kollege Hagen! —

daß von Preissteigerungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft gerechterweise nicht gesprochen werden kann.“

(Zuruf von der SPD: Wer schreibt denn das?)

— Zuruf aus der Mitte: Die Zeitung! — Große Heiterkeit.)

— Das „Düsseldorfer Handelsblatt“, das der Herr Kollege Drechsel offenbar ernst nimmt. Ich nehme es auch ernst.

(Zurufe von der SPD.)

Darf ich weiterfahren:

„Die Erhöhungen bei landwirtschaftlichen Produkten sollen zwar keineswegs bagatellisiert werden, sie bewegen sich aber in einem Rahmen, der ein Auffangen nicht unmöglich macht.“

Herr Kollege Hagen, mir liegt weiter das Protokoll der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses vor, nach dem Ihr Kollege Maag unter anderem folgendes gesagt hat — ich führe das der Vollständigkeit wegen an, damit Ihre Ausführungen, Herr Hagen, aus Ihren eigenen Reihen entsprechend ergänzt werden — :

„Allerdings

— hoffentlich ist Herr Kollege Maag da —

(Zuruf: Ja!)

sei die Situation nicht ganz so brennend, wie sie dargestellt wird, wenn man die Lebenshaltungskosten im gesamten betrachtet. Aus den Statistiken vom 4. April 1949 und 1. Februar 1950 ergebe sich, daß die Lebenshaltungskosten durch die Brotpreissteigerung sich nur um 0,9 Prozent erhöht haben.“

An anderer Stelle sagte Herr Kollege Maag:

„Man dürfe nicht übersehen, daß die hohen Spannungen zum Teil auch durch die Steuerungsmaßnahmen veranlaßt sind, indem sich der Staat zweier- oder dreimal einschaltet. Auf der anderen Seite sei auch der Verbraucher mit seinen Angstläufen

— glänzend gesagt, Herr Kollege Maag, das ist nämlich auch meine Ansicht und wahrscheinlich auch die der überwiegenden Majorität dieses Hauses —

an der Teuerung nicht ganz unschuldig.“

Nun einige Ziffern! Ich weiß nicht, inwieweit sie der Herr stellvertretende Ministerpräsident bereits gebracht hat; aber zur Richtigstellung und zur Vertiefung des ganzen Fragenkomplexes möchte ich sie Ihnen noch einmal vor Augen führen. Sieht man den **Lebenshaltungsindex** 1938 gleich 100, so ergibt sich laut Feststellung des Bayerischen Statistischen Landesamts folgende Entwicklung: April 1950: 153, Juli 1950: 151,5, August 1950: 150. Gegenüber der Zeit vor 12 Monaten ist ein Rückgang in Höhe von 6,3 Prozent vorhanden. Sie wissen alle selbst ganz genau, daß wir vor einem Jahr für gewisse Lebensmittel und Bedarfs-

güter höhere Preise gezahlt haben als heute. Daß wir ausgerechnet eine Entwicklung der Lebensmittelpreise, die letzten Endes auf das Ausland deutet, gewissen Unternehmernkreisen des Inlands zur Last legen wollen, ist also wohl abwegig.

Zur Vervollständigung soll auch der **Lohnindex** genannt sein. Auch diese Ziffern stammen vom Bayerischen Statistischen Landesamt; man darf ihnen daher die gebührende Beachtung schenken. Es ergibt sich folgendes Bild: September 1938: 100, März 1950 (für das erste Vierteljahr): 142, Juni 1950 etwa 148. Es sei mir hierbei gleich die Feststellung erlaubt, daß der Lohnindex seit der Währungsreform unablässig im Steigen begriffen ist. Während im Winter 1949/50 die Preise fielen — das ist eine Tatsache —, ist der Lohnindex nicht gefallen, sondern trotz des Sinkens der Preise auch während der Krise im Winter 1949/50 gestiegen.

(Abg. Hagen Lorenz: Wollen Sie behaupten, daß wir damals Lohnerhöhungen hatten?)

— Es bleibt Ihnen unbenommen, dazu Stellung zu nehmen.

Herr Kollege Hagen hat vorhin die **Arbeitslosigkeit** erwähnt. Wollen wir diese Sache einmal etwas kritisch beobachten! Heute sprechen wir wenig von der Arbeitslosigkeit; wir können uns aber sehr wohl der sozialdemokratischen Interpellation — ich glaube, vom März dieses Jahres — entsinnen. Ich möchte Ihnen dazu nun folgende Ziffern des Bayerischen Statistischen Landesamts nennen. 1938 standen in Bayern 1 818 000 Menschen in Arbeit und Brot; Ende August 1949, zur Zeit der vorjährigen Hochbeschäftigung, waren es 2 322 000, und Ende August 1950, also jetzt, 2 386 000. Wenn diese Ziffern nicht für sich selbst sprechen, dann weiß ich nicht, was man sonst noch ins Feld führen sollte. Wir hatten also — bitte, halten Sie das fest! — im Jahre 1938 1 818 000 Beschäftigte und haben jetzt im August 1950 2 386 000.

(Zurufe von der SPD.)

— Ja, das Kunststück bringt kein Mensch und keine Regierung fertig, bei einem derart großen Flüchtlingsstrom alle Menschen von heute auf morgen in Arbeit und Brot zu bringen! Ich behaupte, hier ist bereits ein großes Kunststück nachgewiesen; denn wir beschäftigen heute gegenüber 1938, dem Jahr der Vollbeschäftigung, in Bayern etwa 550 000 Menschen mehr. Das ist eine ungeheure Leistung, an der wir nicht vorüber gehen sollten.

(Zustimmung bei der FDP.)

Herr Kollege Hagen hat vorhin das Beispiel des **Zuckerhamstervers** erwähnt. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß in einer Marktwirtschaft die **Majestät des Käufers herrscht**. Wenn diese Majestät von ihrem Piedestal heruntersteigt und sich als Sklave einer Psychose mißbrauchen läßt, dann ist sie selbst schuld.

(Sehr richtig!)

Ich habe von Ihnen, meine Damen und Herren, wohl nicht anzunehmen, daß Sie Zucker gehamstert haben;

(Heiterkeit)

ich habe es jedenfalls nicht getan, ich habe mir meinen freien Kopf bewahrt und bin dieser Psychose nicht ver-

(Weidner [FDP])

fallen. Wenn der Konsument keine Vernunft zeigt, werden Sie mit keinem Gesetz etwas machen können. Das **Gesetz von Angebot und Nachfrage** hat eine fundamentale Bedeutung, solange die Produktion mit der Nachfrage Schritt halten kann. Gehen Sie doch einmal durch die Läden und stellen Sie fest, daß sie heute wieder gefüllt sind! Die Kollegin Gröber hat mir eben gesagt, daß es jetzt wieder Öl zu kaufen gibt. Also, die Psychose ist im Abflauen, und damit werden sich auch die Preise wieder beruhigen.

(Widerspruch bei der SPD. — Abg. Hagen Lorenz: Das haben wir schon x-mal gemerkt!)

— Herr Kollege Hagen, ich darf Ihnen ein Beispiel aus **Italien** vor Augen führen. Ich kenne es allerdings nur aus der Zeitung; denn ich war selbst nicht in Italien. In der „Neuen Zeitung“ hieß es in einer Meldung der vorigen Woche: In Italien ist die Hamsterpsychose derart im Abflauen begriffen, daß die Hamsterer anfangen, ihre Ware auf den Markt zu werfen, und dadurch den eigentlichen Kleinkaufleuten bereits Schaden bereiten.

(Abg. Drechsel: Seien Sie froh, daß es so ist!)

— Hoffentlich kommt es dazu, daß in Deutschland und in Bayern die Hamsterer in die gleiche Situation geraten. Sie dürften schon demnächst in der gleichen Situation sein, wenn auch vielleicht nicht in einem derartigen Umfang, wie das in Italien der Fall ist, sonst wäre der Schaden vielleicht noch größer, als wir uns das im Augenblick vorstellen.

Der Herr Kollege Hagen hat vorhin sehr richtig von einer gewissen **Preissteigerung** bei einzelnen Produkten gesprochen. Ich bedaure aber, Herr Kollege Hagen, Ihnen sagen zu müssen: Wenn Sie schon etwas feststellen, dann müssen Sie die vollständigen Ziffern nennen und auch die Preisentungen anführen. So ist beispielsweise — auch eine Feststellung des Statistischen Landesamts — Gemüse grob im August gegenüber Juli um 30 Prozent, Gemüse fein um 35 Prozent und Obst frisch um 6 Prozent gefallen. Warum haben Sie das nicht erwähnt, Herr Kollege Hagen?

(Erregte Zurufe von der SPD.)

— Ja, Herr Kollege Hagen, wenn Sie ein objektives Bild geben wollen, müssen Sie vollständige Ziffern nennen. Ich bin zufällig in der Lage, den Beweis für meine Behauptungen zu erbringen, weil ich mir das notwendige Material heute beschafft habe.

Meine Damen und Herren, ich glaube, diese Ziffern sprechen für sich selbst. Ich möchte Ihnen nur das eine sagen: Wenn es wirklich so wäre, wie es in der Interpellation heißt und wie auch Herr Kollege Hagen vorhin wiederholt hat, wenn wirklich eine „krasse Selbstsucht raffender Kreise“ vorhanden wäre, wie einfach wäre es dann doch wohl für den Einzel- oder den Großhändler gewesen, zurückzuhalten, zu horten und wirklich zu raffen! Können Sie mir einen einzigen Händler sagen, der gehortet oder gerafft hat? Ich kenne keinen.

(Frau Abg. Gröber: Sie haben ja auch kein Geld.)

Warum haben sie das nicht getan? Aus dem einfachen Grunde, weil eine ganz bestimmte Verantwortung in

ihnen lebt, weil sie sich dem Ganzen gegenüber verantwortlich fühlen. Und dieses Verantwortungsbewußtsein, Herr Kollege Hagen, habe ich nicht aus allen Punkten Ihrer Rede entnehmen können;

(Abg. Brunner: Sehr gut!)

das kann ich Ihnen wohl sagen.

Sowohl für den Einzelkaufmann wie für den Großunternehmer wäre es einfach gewesen, in großem Umfang zu horten. Aber er hat eben Verantwortungsgefühl in sich

(Abg. Brunner: und kein Geld!)

— und darüber hinaus, wie Herr Kollege Brunner sehr richtig sagt, fehlt das Geld.

Nun komme ich zum Schluß. Ich glaube, so schwer ist das Problem nicht zu lösen. Die Lösung des Rätsels läge letzten Endes darin, daß man es eben einmal so macht wie vor eineinhalb Jahren, als die Entwicklung sehr stark nach oben ging. Die Lösung hieße: **Kreditrestriktionen**, und alle Ware läge wieder auf der Straße. Aber Gott sei Dank ist das bis heute wegen des Verantwortungsbewußtseins der Wirtschaft, und zwar sowohl der Industrie wie des Handels, nicht notwendig gewesen.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Rief.

Dr. Rief (FDP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Philosoph Hegel sagt einmal: „Das einzige, was die Geschichte lehrt, ist, daß man niemals aus der Geschichte gelernt hat.“ Und ich möchte hinzufügen: Auch aus der Wirtschaftsgeschichte. Wenn man an die vielen Anträge, Beschlüsse und Gesetze denkt, die in der Vergangenheit aus diesem Hause hervorgegangen sind, und sich an die vielen Reden erinnert, die hier gehalten worden sind — schöne Reden, lange Reden, bei denen es einem geradezu warm geworden ist vor lauter Mitgefühl mit den armen Leuten, denen es in dieser Wirtschaftskrise so schlecht geht —, dann kann man nur sagen: Hegel hat ausnahmsweise einmal recht; man lernt nichts aus der Wirtschaftsgeschichte!

Bei einem schlechten Violinkonzert wendet man sich nicht an den Billettenverkäufer oder verkriecht man sich nicht in die Telephonzelle, sondern man wendet sich an den Geiger. Ich meine in diesem Falle nicht den Herrn Staatssekretär Geiger, sondern ich meine, man geht der eigentlichen Ursache nach. Man kann der **Krisenursache**, die ganz woanders liegt, nicht mit einem Paragraphengestrüpp, mit Preisvorschriften, Strafen usw. begegnen. Das hilft in der Wirtschaft gar nichts. Das hat schon der alte Diokletian, der Hitler des Altertums, versucht; er hat wegen Preissteigerung bekanntermaßen sogar die Todesstrafe verhängt, und selbst die Todesstrafe hat die Leute damals nicht davon abgehalten, hohe Preise zu zahlen. Auch heute können Sie, wie ja die Erfahrung und die Geschichte sogar der letzten paar Jahre zeigt, mit solchen Maßnahmen nichts ausrichten — auch nicht mit der Liberalisierung —, weil das Instrument nichts taugt. Man muß der Sache auf den eigentlichen Grund gehen.

(Dr. Rief [FSG])

Nun sagte der Herr Kollege von Knoeringen in der letzten Sitzung mit Recht:

Bei dem Versuch, genau festzustellen, was los ist, stelle ich vor allen Dingen nur eins fest, daß Verwirrung die Lande deckt, daß eine große Unklarheit ist bei allem, was man feststellt, wo die Ursachen, die letzten Ursachen einer solchen Entwicklung liegen.

Dann sagte er noch einmal:

Es ist, wie ich schon sagte, schwierig festzustellen, was auf dem Gebiete der Preisentwicklung eigentlich vorgeht.

Aber vielleicht kann uns Cassel, der leider vor einiger Zeit verstorben ist, auf die Spur helfen. Er sagt:

Während des gegenwärtigen Jahrhunderts wurden alle großen Krisen hervorgerufen durch die Fehler der Wirtschaftspolitik der Staaten und ihrer Lenkung des Geldsystems.

Cassel ist für Sie wohl ein Begriff, und ich möchte betonen, daß ich ihm ebenfalls recht geben muß. Es liegt an unserem **Geldsystem**; es ist die völlig unmögliche **Währungsreform**, die der Grund des neuen Übels ist: der Preissteigerung sowohl wie bis vor einigen Monaten der Wirtschaftskrise, der deflatorischen Erscheinungen, die wir erlebt haben, der Arbeiterentlassungen, der Arbeitslosigkeit, der Zusammenbrüche usw. Aber wie sehr oft in diesem Hause, so wird auch in diesem Fall der Kausalnegus verwechselt. Daß das eine Mal die Preise zu niedrig sind, daß der Absatz stockt, daß die Wirtschaft Zusammenbrüche erleidet und daß Arbeitslosigkeit entsteht und daß das andere Mal die Preise wieder einmal vorübergehend in die Höhe gehen, das ist **nicht die Ursache, sondern die Folge** einer Erscheinung. Diese Erscheinung aber ist rational nicht faßbar. Hierfür kann man keine vernünftigen Gründe angeben.

Die Ursache dieser Erscheinung ist die Zu- und Abnahme des Geldwertes. Das scheint eine merkwürdige These zu sein. Aber Sie müssen bedenken, daß der Käufer den Preis bestimmt. Ich bestreite den alten Satz der Professoren, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Nur der Käufer, nur die Nachfrage bestimmt den Preis; das könnten wir aus der Geschichte allmählich gelernt haben. Wenn Sie nun nach der Ursache fragen, warum der Käufer das eine Mal wenig und das andere Mal, wie wir es gerade erleben, plötzlich mehr zahlt, dann müssen Sie hinabsteigen in die Tiefen und die Abgründe der Seele, in das Unterbewußtsein; dann müssen Sie **Tiefenpsychologie** treiben. Hier liegen die Ursachen der Wirtschaftskrisen, nicht in der Produktion oder in einer mehr oder weniger befreiten, liberalisierten oder sozialisierten Wirtschaft.

Sagen Sie mir, wenn Sie es können: Worauf beruhte der Käuferstreik, den wir bis vor wenigen Monaten erlebt haben? Warum sind die Hausfrauen, die Fabrikbesitzer und die Kaufleute heute auf einmal so hinter dem Zucker her, obwohl er ja da ist — sonst könnten ja nicht solche Mengen gehamstert werden —? Dafür gibt es keinen vernünftigen Grund. Infolge-

dessen kann man auch nicht mit rationalen Maßnahmen dagegen ankämpfen. Es gibt nur eine Möglichkeit: Es ist die sogenannte Anpassung an die Situation. Stern sagt: Intelligenz ist die Fähigkeit, sich der sich verändernden Situation anzupassen; und diese Intelligenz fehlt eben, die Fähigkeit, sich diesen wirtschaftlichen Veränderungen postwendend so anzupassen, daß kein Schaden entsteht. Wie man das macht, das ist die Schwierigkeit, und worauf es ankommt, das habe ich Ihnen schon ein paarmal gesagt, erstmals im Wirtschaftsausschuß der Verfassunggebenden Landesversammlung; der Herr Kollege Maier wird sich daran erinnern können. Aber es ist zwecklos, diese Dinge hier zu wiederholen; jeder von Ihnen weiß es ja besser als einer, der sein Leben lang diese Dinge studiert hat. Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf, manchmal auch beim Kartenspiel. Die Quittung für diesen Zustand werden Sie schon noch bekommen! Ich will aber in der Richtung nicht polemisch werden. Ich empfehle Ihnen nur, den kleinen **Gesekentwurf** anzunehmen, den ich beziehungsweise meine Fraktion Ihnen demnächst vorlegen werden. Dann, meine Damen und Herren, sind Sie Ihrer sämtlichen diesbezüglichen Sorgen enthoben.

(Zuruf von der FDP.)

— Dann können Sie weiter schlafen oder Karten spielen, oder von mir aus auch Fußball.

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Herr Abgeordnete Drechsel.

Drechsel (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe in den letzten Tagen die Antwort der bayerischen Staatsregierung auf unsere Interpellation noch einmal sehr aufmerksam durchgelesen und, Herr stellvertretender Ministerpräsident, ich muß Ihnen sagen: Ich bedauere Sie außerordentlich, daß Sie sich von Statistiken aufstellenden und Monatsberichte des Bundeswirtschaftsministeriums durchlesenden Männern eine Rede haben aufsetzen lassen; nichts anderes ist nämlich die Antwort der bayerischen Staatsregierung auf die Interpellation der Sozialdemokratischen Partei.

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Herr Kollege Drechsel, wie würden Sie es machen, aus dem Handgelenk heraus?)

— Einen Moment, Herr stellvertretender Ministerpräsident!

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Wirtschaftspolitik ist eine Sache des Rechenstifts, nicht des Mundes!)

— Sehr gut! Aber dann müssen Ihnen Ihre Mitarbeiter auch Material an die Hand geben, damit nicht jedem blutigen Laien die Oberflächlichkeit der Bearbeitung einer solchen Materie auffällt, Herr stellvertretender Ministerpräsident. Ich kann nicht, wie Sie es in der Antwort der Staatsregierung getan haben, den **Lebenshaltungskosten-Index**, wie er in Deutschland errechnet wird, mit seinen Abschlußziffern pro Monat herausstellen und dem die Statistik über den **Bruttowochenverdienst** entgegenhalten. Das ist eine Unmöglichkeit, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil dieser Lebenshaltungskosten-Index in der ganzen Wirtschaftswissenschaft in Westdeutschland seit Wochen und

(Drechsel [SPD])

Monaten schwer umstritten ist. Nach meinem Dafürhalten dauert es nicht mehr lange, dann wird man auch in Deutschland zu einer anderen Errechnung des Lebenshaltungskostenindex kommen. Es ist bekannt, daß die internationale Wirtschaftswissenschaft seit dem Jahre 1946 nach einem ganz neuen Index rechnet, und zwar nach der Methode von **Irving Fisher**, ein Weg, nach dem man zunächst einen Lebenshaltungskostenindex auf der Vorkriegsbasis aufstellt mit einem Warenkorb, der auf den Verhältnissen des Jahres 1938 beruht, und dann außerdem noch einen Nachkriegs-Lebenshaltungskostenindex errechnet, der auf einem veränderten Warenkorb vom Jahre 1947, 1948 usw. beruht. Durch eine Kombination dieser beiden Indices kommt man zu einem ganz anderen Resultat.

(Abg. Brunner: Wie man will!)

— Nicht wie man will! Das ist eine wissenschaftliche Methode, an der nichts zu deuteln ist und die in der Welt anerkannt wird.

(Staatsminister Dr. Seidel: Nicht einmal das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hat diese Methode als realisierbar bezeichnet.)

— Einen Moment, Herr Wirtschaftsminister; ich wollte gerade darauf zu sprechen kommen. Man hat einmal die Probe beim wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften gemacht und eine solche Rechnung durchgeführt. Dabei kam man zu dem Resultat, daß der Index im Januar 1950 187 betrug, im März 185, im Mai 189 und im Juni 183. Ich stelle gegenüber die Zahlen des sogenannten amtlichen Index mit 154, 153, 156, 151.

(Zuruf: Im August?)

— Die Ziffern habe ich noch nicht. Sie sehen daran, daß auch diese Methode ihre Schwächen hat wie alle solchen Berechnungen. Das Eigentümliche an einer Indexberechnung ist nämlich, daß jede Ausrechnung auf Grund von Feststellungen erfolgt, die Wochen vorher liegen. Wenn Sie heute den Index vom August 1950 nehmen, dann beruht dieser auf den Erhebungen von Anfang Juli. Das wird Ihnen jederzeit im Statistischen Landesamt in München bescheinigt.

Aus diesem Grunde können Sie mit solchen Indexziffern bei einer wirtschaftspolitischen Debatte nicht das Geringste anfangen.

(Abg. Brunner: Aber Ihr Kollege Wönner hat im Ausschuß auch damit operiert!)

— Ich sage Ihnen hier meine Meinung. Hätten Sie doch die Probe aufs Exempel gemacht! Ich habe es getan. Ich bin, nachdem ich die Rede des Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten am 18. August sehr aufmerksam verfolgt habe, zwei oder drei Tage später zu meiner Frau gegangen und habe gesagt: Was willst du dauernd mit deinem Gejammer, daß die Preise gestiegen sind? Der Herr stellvertretende Ministerpräsident hat uns im Landtag vor zwei oder drei Tagen bescheinigt, daß es gar nicht wahr ist.

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Ich schreibe in Zukunft Märchenbücher für die Schulen; der Herr Kollege Hundhammer wird sie sicher gerne einführen.)

— Herr Kollege Dr. Müller, ich rate Ihnen, hätten Sie Ihre Familie befragt — —

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Das ganze Parlament könnte in die Geschäfte gehen. Machen wir doch eine Exkursion; dann erübrigt sich die Debatte!)

— Herr Staatsminister Dr. Müller, so kann man nicht debattieren! Tatsächlich ist es so, daß zu dem Zeitpunkt, wo die Feststellungen des Index beweisen sollen, daß im Grunde genommen bei einer Zusammenrechnung des sogenannten Warenkorbes keine Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, bereits wesentliche Erhöhungen eingetreten waren. Das können Sie heute in jeder Familie erfahren und wird Ihnen jede Hausfrau bestätigen. Die Preissteigerungen der letzten Wochen haben sich in den einzelnen Familien zwar verschieden ausgewirkt, in der Mehrzahl der Familien aber ziemlich kraß.

Es ist ein Unterschied. — Herr Kollege Weidner, jetzt komme ich auf das, was Sie uns vorher sagten, wir vergäßen angeblich, daß gewisse Preise in der letzten Zeit auch gefallen sind —, ob die Radiopreise fallen und zu gleicher Zeit die Preise für Fahrradreifen um ein Wesentliches hinaufgehen; denn Radios kann sich ein großer Teil der Bevölkerung entweder gar nicht oder nur alle heiligen Zeiten kaufen, aber einen Fahrradreifen brauchen viele Familien, und zwar sehr oft. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob das Obst, wie Sie gesagt haben, um 6 Prozent im Preis zurückgeht oder ob das tägliche Brot um 12 oder 13 Prozent steigt. Darin liegt nämlich die ganze **Tragik der Preissteigerungen**, die sich in den letzten Wochen abgespielt haben.

(Abg. Stinglwagner: Es sind doch nur ganz bestimmte Warenkategorien!)

Selbstverständlich sind gewisse Warenkategorien im Index drin — Herr Kollege Stinglwagner, wir brauchen uns über den Index nichts vorzumachen —, es ist die sogenannte Kultur, Bekleidung und alles darin. Aber das, was sich in den letzten Wochen bewegt hat, das waren eben die Preise des dringendsten Lebensbedarfs.

(Abg. Weidner: Fische sind um 5 Prozent gefallen.)

— Allerdings, die Fische sind gegenüber dem Januar im Preis sogar um 50 Prozent gefallen. Aber das ist doch nicht der allgemeine Lebensbedarf. Es ist eine Tatsache, und das müssen Sie berücksichtigen, Herr Kollege Weidner, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht einmal Fische kaufen kann und daß aus diesem Grunde die Hochseeflotte jetzt in der großen Fangsaison der Heringe gar nicht ausfahren konnte.

Meine Damen und Herren! Daß wir Preissteigerungen hatten, daran ist nichts zu ändern. Angefangen hat es in Westdeutschland mit dem **Wegfall der Subventionen für die Landwirtschaft**. Daß man sich heute in den Reihen derjenigen, die für den Wegfall der Subventionen verantwortlich sind, nicht recht wohl fühlt, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß man jetzt nach einem Weg sucht, um die Subventionen eventuell wieder einzuführen.

Ein Fehler der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik war, daß man zu einer maßgebenden Zeit

(Drechsel [SPD])

nicht die notwendige **Vorratswirtschaft** getrieben hat, um bei Vorfällen, wie sie sich im Juni und Juli ereignet haben, den Markt mit entsprechenden Vorräten versehen zu können.

(Abg. Weidner: Wir konnten nicht in die Zukunft schauen!)

Die Bundesrepublik hat im Frühjahr dieses Jahres auf dem Weltmarkt keinen Zucker bezogen, obwohl das Angebot vorhanden war. Und wenn wir jetzt kaufen müssen, dann kostet das dem deutschen Volk in der Bundesrepublik 12 000 Tonnen Zucker, die wir weniger haben. So viel macht die Preissteigerung gegenüber dem Frühjahr dieses Jahres aus.

(Abg. Weidner: Wir konnten nicht in die Zukunft sehen! — Abg. Kaiser: Fett, Mehl und Brot waren genügend da!)

Wir brauchen da nicht erregt zu diskutieren, sondern es genügt die Feststellung, daß weite Kreise in der Bundesrepublik — ich rechne dazu auch die Mitglieder der Staatsregierung — mit der Entwicklung in den letzten Monaten nicht einverstanden sind. Wenn die Staatsregierung das in ihrer Antwort auf unsere Interpellation nicht in dieser klaren Form zugibt, dann nehme ich es ihr nicht einmal übel. Aber ich nehme es sehr stark übel, wenn der Herr stellvertretende Ministerpräsident in einem Satz sagt, aus grundsätzlichen Erwägungen halte die Staatsregierung allerdings eine generelle Lohnerhöhung mit dem Ziel der völligen **Angleichung des Reallohnes** an den Stand von 1938 für unzweckmäßig.

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Eine generelle!)

Jetzt gibt man doch zu, daß der Reallohn noch nicht an den Stand von 1938 angeglichen ist.

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Das weiß jedes Kind!)

Vorhin, Herr stellvertretender Ministerpräsident, haben Sie uns an Hand statistischen Materials nachweisen wollen, daß das Nettoeinkommen bereits auf dem Stand von 97,5 gelangt ist.

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Wenn wir die in der Anfrage der Gewerkschaften angeführten Punkte berücksichtigen würden!)

— Ich sage ja: Das Nettoeinkommen ist nach Ansicht des Statistischen Landesamts bereits auf dem Stand von 1938 oder kurz vor diesem Jahr gelangt.

(Zuruf des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Müller.)

Das ist wieder ein Beweis dafür, daß man mit solchem Material Fragen dieser Art einfach nicht beantworten kann. Jeder draußen im Lande, der zur arbeitenden Bevölkerung, zu den Angestellten und Beamten gehört, und erst recht jeder, der in den Kreis derer gehört, die auf Renten, Pensionen usw. angewiesen sind, weiß, daß das Realeinkommen immerhin noch ziemlich unter dem Realeinkommen von 1938 liegt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Situation in Westdeutschland ist etwas anders. Ich bin der Überzeugung — und, Herr Kollege Weidner, jetzt

kommt das, was Sie oder der Herr Kollege Bodenheim vorhin gemeint haben —: Die bisherigen Preissteigerungen sind im großen und ganzen nicht auf gestiegene Weltmarktpreise zurückzuführen.

(Zuruf des Abg. Weidner.)

Die **Steigerung der Weltmarktpreise** ist nachweisbar erst Ende Juli/Anfang August eingetreten, und ich bin der felsenfesten Überzeugung, wenn die Entwicklung so weitergeht, dann werden wir wahrscheinlich auf Grund der gestiegenen Weltmarktpreise zu weiteren Preissteigerungen kommen. Es sind jetzt bereits Streiks in der Wirtschaft ausgebrochen. Ich glaube, daß in den nächsten Wochen und Monaten die Gewerkschaften und die Regierung sich ganz ernsthaft mit dem Problem beschäftigen müssen, wie diese drohende Preissteigerung abzufangen ist.

(Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller: Sehr richtig!)

Politisch gesehen kann diese weitere Preissteigerung weit gefährlicher werden als die Preissteigerungen, die wir in den letzten Monaten gehabt haben.

Nun entsteht die Frage, ob die westdeutsche Wirtschaft in der Lage ist, Preissteigerungen abzufangen. Ich habe in dieser Mappe eine verarbeitete Statistik von 22 Kapitalgesellschaften der **Verbrauchsgüterindustrie** in Westdeutschland, und zwar eine Statistik über die veröffentlichten D-Mark-Gröffnungsbilanzen und die Geschäftsabschlüsse per 31. Dezember 1949. Ich gebe zu, daß diese Geschäftsabschlüsse noch die Zeit der außerordentlich hohen Preise des Jahres 1949 beinhalten. Und nun zur Auswertung dieser Statistik, die Betriebe aller Zweige der Wirtschaft umfaßt. Darunter ist kein einziger Betrieb, der sein Aktienkapital nicht 1:1 umgestellt hat. Ich wünschte, daß man jetzt in der ganzen Bevölkerung rasch einen Schnellkurs zum Bilanzlesen abhalten könnte. Da würden Sie einmal eine Bewegung und Auflehnung durch das Volk sehen, wenn es erfährt, daß ausgerechnet die **Kapitalbesitzer** in den Aktiengesellschaften eine **Aufwertung im Verhältnis 1:1** bekommen haben!

(Abg. Weidner: Das stimmt ja nicht! Sie brauchen ja nur den Kurszettel zur Hand zu nehmen.)

— Herr Weidner, wenn Sie die Kursberichte lesen, dann werden Sie finden, daß erst die Veröffentlichung der D-Mark-Gröffnungsbilanzen eine wesentliche Kurssteigerung an der Börse zur Folge gehabt hat. Wir kommen nicht um die Tatsache herum, daß eine Umstellung im Verhältnis 1:1 erfolgt ist. Und nun frage ich Sie, soweit Sie nicht selbst Aktienbesitzer gewesen sind, wie Sie nach der Währungsreform umstellen mußten: nicht 1:1, nicht 10:1, sondern 10:0,65! Diese Tatsache wird, je mehr solche Gröffnungsbilanzen bekannt werden, auch draußen im Volk bekannt werden. Glauben Sie nicht, daß diejenigen, die heute noch unter der Währungsreform und ihren Folgen zu leiden haben, daraus eines schönen Tages die entsprechenden Konsequenzen ziehen werden?

Aber das ist noch nicht das Wesentliche. Das Wesentliche an diesen Bilanzen und Abschlußberichten ist, daß diese 22 Kapitalgesellschaften sämtliche Kriegsverluste und sämtliche Neuinvestitionen bis zum 31. Dezember 1949 restlos abgeschrieben haben.

(Abg. Weidner: Was folgern Sie daraus?)

(Drehsfel [SPD])

— Einen Moment, Herr Kollege Weidner! Die Folgerungen kommen noch. Weiter finden Sie, daß diese 22 Kapitalgesellschaften in ihrem Abschluß per 31. Dezember 1949 um 56 Prozent mehr Reserven gebildet haben, als sie jemals in der R-Mark-Zeit gehabt haben. Ja, Herr Kollege Stinglwagner, daran ist nichts zu ändern.

(Abg. Stinglwagner: Nein; aber da muß man die Bewertungsvorschriften kennen.)

— Ich kenne die Bewertungsvorschriften. Jetzt kommt das letzte: Diese 22 Kapitalgesellschaften haben alle für den verlängerten Geschäftszeitraum vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1949 eine Dividende im Höchstmaß von 6 Prozent verteilt. Das Interessante ist, daß auf Grund dieser Entwicklung verschiedene Industrie- und Handelskammern und die Börsenjobber beim Bundesfinanzminister schon den Antrag gestellt haben, die Sperrverordnung vom Jahre 1941 fallen zu lassen, worin die Dividenden auf ein Höchstmaß von 6 Prozent festgelegt worden waren. Ich bin gar nicht so sehr darüber im Zweifel, daß dieser Forderung noch im Jahre 1950 Folge geleistet wird. Dann können Sie es wahrscheinlich erleben, daß bei den Kapitalgesellschaften in Westdeutschland in der nächsten Zeit schon wieder Dividenden von 10 und 15 Prozent verteilt werden.

(Abg. Weidner: Es soll auch Kleinaktionäre geben.)

Ich fürchte nämlich, daß man, wenn die Verordnung über die Sperre der Dividenden nicht im Jahre 1950 aufgehoben wird, beim Geschäftsabchluß 1950 überhaupt nicht mehr weiß, wie man mit den Reserven haushalten soll. Kollege Stinglwagner, das ist der gefährliche Punkt für die Kapitalgesellschaften im Jahre 1950. Vorläufig werden diese Reserven auch in der Steuerbilanz noch keine große Gefahr sein; wenn man aber im nächsten Jahr nicht zu einer größeren Dividende übergehen kann, dann wird die neue Reserve in Verbindung mit den alten Reserven für die Finanzämter ein gefundenes Fressen sein. Es war ja kein Geringerer als der Herr Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard, der schon beim Erscheinen der ersten D-Mark-Eröffnungsbilanzen sein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht hat, mit welcher Rigorosität die Kapitalgesellschaften, sagen wir einmal, Wirtschaftspolitik beziehungsweise Finanzpolitik machen. Er hat hinzugefügt, er werde nach Mitteln und Wegen suchen, um diese besonderen Gewinne nach der Währungsreform steuerlich zu erfassen. Ich glaube nicht daran, und zwar aus dem einfachen Grund: Er hat uns ja schon einmal versprochen, daß er die Horstungsgewinne irgendwie erfassen will. Aber ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß die Karten der Wirtschaftspolitik in Westdeutschland von ganz anderen Leuten gemischt werden, als es der Herr Professor Dr. Erhard ist.

Was folgt daraus? Es folgt, daß es der Industrie im Jahre 1949 im allgemeinen gar nicht so schlecht ging. Sie werden mir wahrscheinlich einwenden: Ja, das sind die Kapitalgesellschaften, die Aktiengesellschaften; aber die Einzelunternehmungen haben viel schwerer zu kämpfen als die Kapitalgesellschaften. Umgekehrt

wird man mir auch zugestehen: Die Kapitalgesellschaften sind verpflichtet, ihre Bilanzen zu veröffentlichen, während der Einzelunternehmer einer solchen Verpflichtung nicht unterliegt. Ich erinnere nur an die Tatsache, daß das bayerische Finanzministerium vor einigen Wochen bekanntgegeben hat, es sei ihm durch Steuernachprüfungen gelungen, im ersten Halbjahr bei den Einzelunternehmungen nicht weniger als 48 Millionen Mark Steuernachhebungen herauszubringen. Das zeigt, daß auch bei den Einzelunternehmungen bis zum Dezember 1949 nicht immer mit der Offenheit gearbeitet worden ist, wie es in der Wirtschaft notwendig wäre.

(Abg. Dr. Hille: Sehr zart ausgedrückt!)

Ich behaupte also, daß es der Wirtschaft bei einigermaßen gutem Willen möglich ist, die kommenden Preissteigerungen, die auch der politischen Entwicklung außerordentlich gefährlich werden könnten, abzufangen. Aber ich habe einige Zweifel. Auch der Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel hat in der vergangenen Woche bei der Eröffnung einer Ausstellung in Lindau seine Bedenken gegenüber dieser Wirtschaftsentwicklung zum Ausdruck gebracht. Ich freue mich immer, wenn ich solche offenen Worte des Herrn Wirtschaftsministers höre. Er hat in Lindau gesagt, seiner Auffassung nach sei es notwendig, daß sich die Wirtschaft eines besseren besinnt. Ich zitiere nach einer Meldung der dpa. Der Herr Wirtschaftsminister wird mir nachher sagen können, ob der Berichterstatter der dpa seine Ausführungen entstellt hat. Es heißt hier, „die Welt der Wirtschaft dürfe nicht ohne Ethos sein; die soziale Marktwirtschaft könne nur funktionieren, wenn ein Minimum von sittlichen Grundfakten gewahrt sei.“ Wenn sich der Herr Minister bereits zu der Auffassung durchgerungen hat, daß in der westdeutschen Wirtschaft das notwendige Ethos nicht vorhanden ist, dann, meine Damen und Herren, sind wir gar nicht mehr so sehr weit auseinander. Wir haben das in unserer Interpellation nur etwas härter ausgedrückt. Ich möchte hoffen und wünschen, daß wir uns in dem Bestreben, solche Ausschüßle zu bekämpfen, auf einer gemeinsamen Linie finden.

(Abg. Dr. Korff: Einverstanden.)

Es ist notwendig als je.

Es hat keinen Zweck, bei der Erörterung solcher Fragen nervös zu werden, es gilt, aus den gewonnenen Erkenntnissen die Konsequenzen zu ziehen. Und diese Konsequenzen müssen etwas anders aussehen als die Politik in den vergangenen 2½ Jahren. Ich bin der Überzeugung, daß man der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft zu einer ausgesprochenen Profitwirtschaft nicht mit dauernden Moralpredigten

(Zuruf des stellv. Ministerpräsidenten Dr. Müller)

beikommen kann, auch nicht mit Mahnungen, das Ethos zu heben, sondern nur, indem man mit gesetzlichen Bestimmungen die Wirtschaft in Bahnen zwingt, so daß man endlich von einer sozialen Marktwirtschaft sprechen kann.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Hagen: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich dem Haus auf Wunsch des Herrn Abgeordneten Lorenz Hagen bekanntgeben,

(Vizepräsident Hagen)

daß die von ihm vorhin zitierte Firma heißt: Wolfgang Lefies, München 13, Anhalterplatz.

(Abg. Dr. Korff: Setzt ran an ihn!)

In der Reihenfolge der Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Koste das Wort.

Koste (CSU): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Als Mann aus dem **deutschen Osten** möchte ich nicht verfehlen, Ihnen als Beitrag zur Diskussion wenigstens noch **fünf Zahlen** zu nennen, die zweifellos im Zusammenhang stehen mit der Frage der Preisgestaltung — in Klammern: des mangelnden Angebots an Nahrungsmitteln. Der deutsche Osten hat bis zur Wende 1944/45 einen Großteil zur gesamtdeutschen Ernährung beigetragen. Die Gebiete im Osten ohne Ostpreußen — ich nehme Ostpreußen nicht etwa deswegen aus, weil es abzuschreiben ist, sondern weil mir im Augenblick die Zahlen dafür nicht vorliegen — haben neben der Ernährung der eingewanderten Bevölkerung an Nahrungsmitteln zusätzlich aufgebracht: Kartoffeln für 15½ Millionen, Brotgetreide für 8½ Millionen, Fleisch für 12 Millionen, Butter, Fett, Speck für 10½ Millionen Menschen. Schlesien brachte allein zusätzlich Zucker auf für rund 12 Millionen Menschen. Das sind Mengen, die heute fehlen und nicht zuletzt auch die Preisgestaltung beeinflussen. Die Menschen aber, die dort gewohnt haben, haben wir jetzt hier zusätzlich zu ernähren trotz des Ausfalls der Leistungen der Ostgebiete als Beitrag zur gesamtdeutschen Ernährung. Wir werden so lange darunter leiden, bis die Dinge irgendwie einmal in Ordnung gebracht werden.

Ich glaube, daß dieser Beitrag notwendig ist, weil ich die genannten Zahlen oder Hinweise weder in der Presse fand noch sonst hörte, daß sie in Rundgebungen im Zusammenhang mit dem Thema genannt wurden.

(Beifall bei der CSU.)

Vizepräsident Hagen: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Zehner.

Frau Zehner (CSU): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte ganz kurz in zwei Punkten in die Debatte eingreifen und würde Sie herzlich bitten, das, was ich nun zu sagen habe, doch so zu nehmen, wie ich es darstelle, weil es sich um wirkliche Tatsachen handelt.

Ich stehe als Frau hier, die in München selbst ein Lebensmittelgroßhandelsgeschäft hat. Ich möchte einige Beispiele aus der Praxis anführen. Tatsache ist, daß in den letzten Wochen die Lebensmittelpreise da und dort etwas gestiegen sind, was aber nicht in unserer Hand liegt. Das hängt zum Teil mit dem Ausbruch des Krieges in Korea zusammen, zum Teil mit den Weltmarktpreisen und zum Teil damit, daß eben die Geldmittel nicht vorhanden waren, um die Subventionen, die bisher bezahlt werden konnten, weiter zu zahlen.

(Abg. Stöck: Die Gelder waren da, sie sind aber für andere Zwecke verwendet worden!)

Das sind drei Punkte, die mit verursachen, daß die Preise da und dort gestiegen sind. Es wird nun aber

die Schuld an der ganzen Preissteigerung zum großen Teil dem **Handel** zugeschoben. Ich möchte hier für den **ehrlichen Handel** sprechen. Es soll nicht bestritten werden: So, wie es in jedem Beruf, ganz gleich, ob es sich um Arbeiter oder Beamte handelt, Menschen gibt, die da und dort ihre Pflicht nicht tun, so gibt es auch im Handel einzelne, die ihre Pflicht vergessen. Es gibt aber im Handel sehr viele ehrliche Menschen, die tagtäglich um den Pfennig ringen und Pfennig zu Pfennig legen müssen, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten.

Ich möchte jetzt nur einige **Handelsspannen** herausgreifen. Das Mehl müssen wir im Großhandel — ich kann ganz offen mit diesen Zahlen operieren — zu 51.20 DM den Doppelzentner einkaufen. Wir verkaufen den Doppelzentner um 54.20 DM, haben also 6 Prozent Handelsspanne. Grieß kaufen wir um 52.25 DM den Doppelzentner und verkaufen ihn um 56.25 DM. Somit haben wir hier eine Handelsspanne von 6,75 Prozent — nicht Gewinn, sondern Handelsspanne. Wenn ich den Zucker herausgreife, so kaufen wir den Doppelzentner um 101 DM ein und verkaufen ihn um 107 DM; das ist wiederum eine Handelsspanne von 6 Prozent.

(Abg. Brunner: Und 3 Prozent Umsatzsteuer!)

Wie steht es nun mit den anderen Artikeln? Tatsache ist, daß heute der gesamte Großhandel nur noch **Markenartikel** führen kann. Bei den gesamten Markenartikeln haben wir im Durchschnitt eine Handelsspanne von 10 bis 12 Prozent, sei es Maggi, Knorr, seien es Waschmittel oder sonstige Artikel. Die Artikel, an denen der Handel früher etwas verdient hat, sei es der Einzelhandel oder der Großhandel — ich nenne Kaffee, Tee und Kakao —, kaufen die Leute nicht mehr bei uns. Diese kaufen sie in der Möhlstraße, so daß wir heute solche Artikel kaum mehr führen können, mit denen wir früher unseren Betrieb aufrechterhalten haben.

Wenn ich nun auf die **Unkosten** eingehe, so ist es so, daß wir durchschnittlich 6½ Prozent auf Löhne rechnen müssen und 4 Prozent auf allgemeine Unkosten. Dazu kommen noch die großen **Steuerlasten**. Wenn heute der Handel ehrlich arbeitet und das Jahr herum ist, dann ist es mit ihm auch zu Ende, dann kann er dem Finanzamt gegenüber keinen Gewinn aufzeigen. Sie dürfen sicher sein, daß ich ehrlich froh wäre, wenn ich vor das Finanzamt hintreten und sagen könnte: Ich habe in diesem Jahr soundso viel Gewinn erzielt können. Ich würde die Steuern sehr gerne abführen. Wir ringen heute tatsächlich um die Existenz. Ich möchte Sie also bitten, daß Sie für den Handel, für den ehrlichen und anständigen Handel, das entsprechende Verständnis aufbringen. Die Unanständigen unterstütze ich nicht.

Wenn ich nun kurz auf die **Zuckerdebatte** zurückkomme, die in den letzten Tagen im Haushaltsausschuß geführt worden ist, so muß ich dazu folgendes sagen: Tatsache ist, daß der ehrliche Großhandel, als die ganze Zucker misere kam, keinen Sack Zucker auf Lager hatte. Das ist Tatsache; denn wir haben nicht das Geld dazu, den Zucker für vier und fünf Wochen und noch länger zu lagern. Wir müssen wöchentlich disponieren, weil der Zucker sofort bar bezahlt werden muß. Der Einzelhandel hatte auch keinen Zucker in seinen Geschäften auf Lager, sondern war auf das angewiesen, was ihm zugeteilt wurde. Es wurden ihm 60 Prozent von dem

(Frau Zehner (CSU))

zugeteilt, was er früher bezog, und zwar deshalb, weil eben der Zucker, der hereinkommen sollte, zur betreffenden Zeit nicht hereingekommen ist. Wenn in der Möhlstraße der Zucker teurer verkauft wurde, das Pfund zu einer D-Mark und noch mehr, so bitte ich Sie alle mitzuhelfen, daß die Betroffenen einmal gefaßt werden und dahin kommen, wohin sie gehören. Sie sind Volksschädlinge, die das Geld aus der Bevölkerung herausziehen und wieder woanders hinführen.

Ich bitte Sie nochmals, **Verständnis** zu haben für den **ehrlichen Handel**, der Pfennig auf Pfennig legen muß, um seinen Betrieb aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CSU.)

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Herr Abgeordnete Krempl.

Krempf (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir müßten heute eigentlich dahin kommen, daß die Preise dauernd fallen und die Löhne bleiben. Das wäre die gesündeste Entwicklung. Wir würden dadurch allmählich zu einer Beruhigung in der Wirtschaft und in den Kreisen der Arbeiter und zu einem gegenseitigen Verstehen kommen. Das wäre aber auch nicht allen Menschen angenehm, insbesondere jenen nicht, die heute draußen in Wahlversammlungen schreien: Wenn wir ans Ruder kommen, werden die Steuern beseitigt!

(Abg. Zietsch: Wer sagt das?)

— Ein gewisser Professor Dr. Kiener hat es in einer Versammlung behauptet. — Alle stimmen zu, weil sie sich freuen, daß die Steuern herabgesetzt werden.

(Abg. Brunner: Die schicken wir in den Haushaltsausschuß!)

Dabei sagt niemand etwas davon, daß wir in Bayern — das haben auch die Sozialdemokraten anerkannt und das dürfen wir auch bei derartigen Teuerungsdebatten nicht übersehen — auf dem Gebiet der sozialen Leistungen am meisten vollbracht haben. Trotzdem müssen wir dem Herrn Kollegen Lorenz Hagen zustimmen, daß das Einkommen aus Renten — bei einer Eingabe, die ich neulich dem sozialpolitischen Ausschuß übergeben habe, geht es um 60 DM im Monat — eigentlich einen Skandal darstellt. Es ist Tatsache, daß die Einkommen der unteren Kreise, aller Rentenempfänger und Sozialrentner geradezu hohnsprechend sind gegenüber dem, was diejenigen an Bezügen und Einkommen haben, die in den Versammlungen reden.

(Sehr richtig!)

Es ist geradezu furchtbar, als verantwortlicher Mensch heute draußen von diesen Dingen hören zu müssen, weil man doch selbst diesen ungeheuren Kontrast gegenüber den kleinen Einkommen der Ärmsten der Armen kennt. Das Sonderbare ist aber, daß nun auf einmal jede Partei die Partei der Ärmsten der Armen sein will. Niemand aber findet hier die Mittel, wirklich abzuweichen. Ist es denn nicht so, daß der Herr Abgeordnete Zietsch beispielsweise bei jedem Antrag im Haushaltsausschuß, der erhöhte Mittel verlangt, darnach fragt, ob diese Mittel auch tatsächlich vorhanden sind?

(Abg. Zietsch: Zweifellos!)

— Wir müssen ja nach der Verfassung darnach fragen, ob die Mittel vorhanden sind. Bei diesen Ärmsten der Armen herrscht aber **bitterste Not**; also gerade hier müßten wir versuchen, zu helfen. Haben wir denn nicht schon geholfen, indem wir 40 000 Wohnungen geschaffen haben? Haben wir nicht geholfen, indem wir 800 Brücken, die zerstört waren, wieder aufgebaut haben? Haben wir nicht wirklich ungeheure Leistungen in diesen vier Jahren vollbracht? Vielleicht sind unsere Ministerien in der Lage, uns Zahlen darüber zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Hagen Lorenz: Und was ist mit den Lohnsteuern geschehen? Haben die Arbeiter nichts dazu beigetragen?)

— Das ist ja das Furchtbare, daß gerade dort, wo die Not herrscht, immer wieder abgeschöpft wird! Das trifft aber gerade auf die zu, die in der Mitte stehen und die wir nicht ganz ertöten dürfen, nachdem sie sowieso nur noch nach Luft schnappen. Die **sozialen Zusammenhänge** müssen da also auch bedacht werden!

Und nun möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, daß der Name dieser Installationsfirma Lekies am Anhalter Platz festgestellt wurde — ein Name, der durchaus nicht bayerisch, ja nicht einmal deutsch klingt. Ich habe auch den Herrn Präsidenten der Handwerkskammer gebeten, er möchte bis morgen die Abstammung dieser Firma feststellen.

(Heiterkeit. — Abg. Hagen Lorenz: Ich habe nicht behauptet, daß es eine bayerische Firma ist.)

Wiederholen möchte ich, was schon Frau Kollegin Zita Zehner erwähnt hat, daß wir vom **anständigen Handel** an diesen Dingen nicht schuld sind. Ich habe schon neulich erwähnt, daß sich gerade in Bayern alles niedergelassen hat, daß infolge der Gewerbefreiheit bei uns jeder einsteigen konnte, daß sich gerade bei uns die Schieber und Schwarzhändler, die Ausländer breitgemacht haben, die wir nicht einmal polizeilich fassen können. Gehen Sie nur einmal hinaus in die Möhlstraße und versuchen Sie herauszubringen, ob die überhaupt eine Rechnung haben! Ganz unmöglich! Die Herren Kollegen Haas und Stoc haben mir da neulich eine Meldung gemacht; es war ganz unmöglich, diesen Dingen nachzugehen; denn niemand wird herausbringen, ob und woher diese Leute eine Rechnung haben.

Mit dem **Zucker** sind auch zwei Regensburger Firmen hereingefallen, wie mir Herr Kollege Wolf von der SPD gesagt hat, die Zucker aus der Tschechoslowakei herübergenommen haben. Es ist ganz gut, wenn solche Dinge festgestellt werden. Vielleicht wäre, wenn die Not an Zucker noch mehr gestiegen wäre, auch mancher von uns zu einer solchen Firma gegangen, um auch solchen Zucker aus der Tschechoslowakei zu bekommen. Ich bin ja in der Nähe der tschechischen Grenze zu Hause, etwa 70 oder 80 Kilometer davon entfernt. Da hat man in Röh vor 4 Wochen Zucker um 1 DM pro Pfund haben können, soviel man wollte, weil ihn die Tschechen sackweise herübergebracht haben.

Wegen derartiger Zustände bräuchte es doch eigentlich eine Steuerungs-Interpellation! Solche Zustände sind weder von der SPD noch von der CSU

(Krempf [CSU])

noch von der FDP oder irgendeiner anderen Partei dieses Hauses verschuldet oder gewollt!

(Abg. Hagen Lorenz: Und was wird dagegen getan?)

— Was die Polizei zu tun vermag! Andere Mittel als die Polizei und die Preisüberwachungsstellen haben wir vorläufig nicht einzusetzen.

(Abg. Hagen Lorenz: Und warum tut die Polizei nichts?)

Unsere Verbände des Großhandels und des Einzelhandels sind hier sehr wohl zur Stelle und überwachen ihre einzelnen Mitglieder selbst. Natürlich kann auch da etwas passieren, wie ja Frau Kollegin Zita Zehner schon zugegeben hat. Einzelne Entgleisungen wird es immer geben, die aber wollen wir auch feststellen. Es wäre jedoch ganz falsch, dafür irgend jemand die Verantwortung zuzuschreiben.

Es ist wiederholt von den Ärmsten der Armen und von dem niedrigen Lohnniveau gesprochen worden, niemand aber spricht davon, daß ein großer Teil der Leute, die für die Deckung des Konsums sorgen, schon dreimal alles verloren hat, daß sich gerade unter den mittelständlerischen Gruppen der Bevölkerung soundso viele befinden, die auch zu den Ärmsten der Armen zählen, von denen man so gerne spricht.

Ich hätte nur den einen Wunsch, meine Damen und Herren, daß wir einmal eine Interpellation an das ganze bayerische Volk einbrächten, und diese Interpellation müßte lauten: Mehr Geduld! Denn wenn wir jetzt die Geduld verlieren, wenn wir jetzt das Volk in Verwirrung bringen, werden wir etwas ganz anderes ernten. Darauf ist schon hingewiesen worden. In dieser Interpellation müßte auch hingewiesen werden auf etwas mehr Gottvertrauen im allgemeinen, damit die Menschen wieder mehr aufblicken zu Gott; denn darüber gibt es doch keinen Zweifel, daß diese Weltkrisis nicht durch eine solche Debatte überwunden wird, sondern am ehesten noch durch Geduld und durch Gottvertrauen.

(Zuruf von der SPD: 5 Jahre haben wir nun schon Geduld gezeigt!)

— Wir mußten zuerst 13 Jahre Geduld haben! Sagen Sie das auch!

(Abg. Hagen Lorenz: Dann sind es jetzt 18 Jahre!)

Was in diesen 13 Jahren zerstört wurde — sagen Sie das auch! Und was in diesen fünf Jahren an Wiederaufbau geleistet wurde — sagen Sie das bitte auch!

Ich muß noch auf einen Sektor des Handels besonders hinweisen, von dem bisher noch nicht die Rede war, nämlich auf den der Textilien. Auf dem Gebiet der Bekleidung — das kann ich Ihnen sagen — zwingt die Verschuldung, die eine allgemeine ist, den Einzelhandel zu billigem Warenabstoß. Das haben Sie beobachten können.

(Abg. Haas: Durch die Hortung!)

— Das kam nicht durch die Hortung, sondern das kam aus dem natürlichen Bestreben eines jeden Kaufmanns, ein Lager mit reicher Auswahl zu halten; denn die Auswahl bringt den Kunden in das Geschäft. Die Auswahl

ist also dafür maßgebend, daß der Geschäftsmann ein Geschäft machen kann. Deshalb ist der Kaufmann gerade auf dem Gebiet der Textilien gezwungen, ein möglichst reichhaltiges Lager zu haben. Obwohl die Baumwolle um 30 Prozent und die Wolle um 35 Prozent gestiegen ist, so sind trotzdem — schauen Sie sich bloß die Waren in den Schaufenstern an! — —

(Zuruf von der SPD: Um 35 Prozent gestiegen!)

— Sehen Sie, wenn Sie den Zwischenruf machen „Um 35 Prozent gestiegen!“ — —

(Derfelbe Abgeordnete: Sie haben es doch gerade gesagt!)

— Die Naturwolle, die Rohbaumwolle ist gestiegen; aber die fertigen Textilien — —

(Abg. Seifried: Wieviel echte Rohwolle ist darin enthalten? Da sind ja so viel Ersatzstoffe drin, daß Sie, wenn Sie ein Hemd dreimal austocken, Spaghetti haben!)

— Dann kaufen Sie Ihr Hemd höchstens bei einem Ländler, aber nicht bei einem Kaufmann.

(Allgemeiner Beifall und Heiterkeit. — Abg. Donsberger: Die Krawatten gehen aber nicht aus!)

Zum Schluß möchte ich sagen: Auf dem Gebiet der Textilien ist ein Zurückhalten der Ware ein Ding der Unmöglichkeit, weil jeder Textilkaufmann an die Banken so verschuldet ist, daß er gezwungen ist, seine Ware abzustößen, um die Zinsenlast zu verringern.

(Abg. Zietzsch: Aber verfaulen tut nichts, Kollege Krempf!)

— Ich wünschte bloß, Sie würden in den Textilhandel einsteigen! Aber Sie wollen ja nicht in den Textilhandel einsteigen, sondern in den Lebensmittelhandel, weil man sich dort leichter tut!

(Abg. Zietzsch: Da tut man sich leichter, aber man verdient da nicht so viel!)

Ich meine also, wir sollten diese — wie mit Recht verschiedentlich durch Zwischenrufe bemerkt wurde — durch den Korea-Krieg und die Außenhandels- und Welt-politik veranlaßten Auf- und Nieder-Preise nicht dazu benutzen,

(Zuruf von der SPD: Nur Aufpreise, nicht Niederpreise!)

um solche Interpellationen aufzuziehen. Ich kann es der Sozialdemokratie nicht verargen; denn auch sie hat ein Bedürfnis, die Kreise wieder aufzufangen, die sie braucht.

(Allgemeine Heiterkeit.)

Ich weiß, daß die Sozialdemokraten einen sehr starken Einfluß auf die Konsumvereine haben.

(Abg. Zietzsch: Wenn sie ihn nur hätten! — Heiterkeit.)

Ich darf landauf und landab gehen, alle Schaufenster beschauen und die Preise vergleichen: Dann finde ich in den Konsumläden dieselben Preise wie in den Läden der armen, verachteten Einzelhändler.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig! Im Gegenteil!)

Und ich möchte noch etwas sagen.

(Abg. Zietzsch: Aber es gibt eine Rückvergütung und der Gewinn wird wieder an die Mitglieder verteilt, das ist der Unterschied!)

(Krempf [CSU])

— An diese Rückvergütung ist schon mancher mit großen Hoffnungen herangegangen, und wenn es darauf ankommt, hat er zu guter Letzt nichts herausbekommen.

(Heiterkeit. — Zurufe von der SPD. — Abg. Dr. Hoegner: Das sind 8 Prozent des Umsatzes, die sie herausbekommen. Sie haben ja keine Ahnung vom Genossenschaftswesen, Herr Kollege, keine blasse Ahnung! — Abg. Dr. Orth: Der Konsum besteht ja erst seit zwei Jahren!)

— Herr Kollege, ich habe bestimmt eine Ahnung vom Genossenschaftswesen!

(Abg. Dr. Hoegner: Dann müssen Sie zugestehen, daß die Leute bis zu 8 Prozent Rückvergütung herausbekommen. — Abg. Donsberger: Das ist für die SPD ein schwacher Punkt; hauen Sie hinein!)

— Nein, wir wollen die Angelegenheit so nehmen, wie sie ist. Wir werden uns draußen auch durchsetzen, gerade wir im Mittelstand, wir im Einzelhandel und auch im Großhandel, die wir in der Verantwortung stehen und wissen, daß uns die Güter des Konsums zur Weitergabe an das Volk anvertraut sind.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir unmittelbar mit der Bevölkerung in Berührung stehen, und wir sehen, wie unsere Läden in Hochzeiten von Menschen überfüllt sind, so daß unsere Herzen pochen und unsere Verkäuferinnen in Aufregung geraten, wenn sie keine Ware mehr finden und alles ausverkauft ist. Wir erleben in solchen turbulenten Zeiten schwerere Stunden als viele, die von diesen Dingen reden, aber nichts davon verstehen.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Oha! bei der SPD. — Abg. Dr. Orth: Unterm Ladentisch verkaufen!)

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Herr Abgeordnete Emmert.

Emmert (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist wahrscheinlich ein dankbares, aber zugleich auch zweifelhaftes Unterfangen, mit politischen Resolutionen den Versuch zu machen, eine Wirtschaftsentwicklung, die wir zum großen Teil doch nicht in der Hand haben, einzufangen und ihr gewisse Bahnen zu zeigen. Wenn wir beginnen, diesen Sektor theoretisch in Form eines Kollegs auszubreiten, so stoßen die Planwirtschaftler und die Vertreter der freien Wirtschaft oder der sozialen Marktwirtschaft aufeinander. Ich halte es aber für überflüssig, in eine solche Diskussion einzutreten, weil sich im Verlauf der Debatte gezeigt hat, daß alle Parteien bewußt oder unbewußt sehr geschickt aneinander vorbeigeredet haben.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Man kann doch nur eines feststellen: Die Wirtschaft, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, hat es sich seit 1945 wahrhaftig angelegen sein lassen, mit gemeinsamen Kräften den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft zu vollziehen. Wir können doch weiß

Gott auf die erzielten Erfolge stolz sein. Es wäre unnützlich, an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, welche außerordentlich großes Verständnis sowohl die Arbeiterschaft als auch die Unternehmer in ihrer Gesamtheit für diese Aufgaben an den Tag legten. Der Vorsprung, den wir in der Nachkriegszeit bis heute gehalten haben, die verständnisvolle gegenseitige **Zusammenarbeit**, ist ein **Aktivum** im deutschen Wiederaufbau, wie es keine andere Volkswirtschaft derzeit aufzuweisen hat. Es beruht auch nicht zuletzt auf der klugen, verständnisvollen und opferbereiten Mitarbeit der **Gewerkschaften**.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Das möchte ich hier ausdrücklich ohne jeden Vorbehalt feststellen, wie sich ja auch meine politischen Freunde noch zu keinem Zeitpunkt gescheut haben, das in aller Öffentlichkeit ohne Einschränkung zu erklären.

Wenn wir nun heute versuchten, uns gegenseitig die Schuld an den Ursachen zuzuschreiben, die dazu beigetragen haben, die Preise auf einzelnen Gebieten des Handels zu erhöhen, wenn wir aufzeigten, wie weit die Folgen gediehen sind und was getan werden müßte, um die Entwicklung wieder in die Hand zu bekommen, so sehen wir, wie im Verlauf der gegenseitigen Beschuldigungen Offensiven und Defensiven, Geschick und Ungeschick, Erfolg und Mißerfolg abwechselten.

Meines Erachtens hat es aber keinen Sinn, darüber länger zu diskutieren. Tatsache ist, daß auf allen Weltmärkten — nicht erst seit der Korea-Krise — ganz langsam eine gewisse **Preissteigerung** Platz gegriffen hat und daß davon in erster Linie kriegswichtige Rohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Häute, Felle, NE-Metalle, Kautschuk usw. erfaßt worden sind. Was hat es nun für einen Sinn, darüber zu diskutieren, ob und inwieweit die deutschen Fabrikanten Lust haben, davon Gebrauch zu machen oder nicht? Soweit sie Aufträge haben, müssen sie zu diesen Preisen kaufen, selbst auf die Gefahr hin, Rohstoffe zu Preisen einzukaufen, die höher sind, als sie in der Kalkulation ehemals veranschlagt waren; denn im Export bekommen sie dafür keinen Ausgleich, die Preise liegen bekanntlich fest. Das ist die eine Seite.

Wenn da und dort **Auswüchse** aufgetreten sind — wo sind die nicht vorhanden? Wir alle im Hause sind in dem Bestreben einig, Auswüchse mit allen Mitteln zu bekämpfen. Man kann wohl sagen: Die bayerische Staatsregierung hat es sich wirklich angelegen sein lassen, vor allem Volk deutlich zu erklären, daß sie jedem Preiswucher und jeder unnötigen Preiserhöhung mit der gebotenen Schärfe entgegentritt. Es bedarf doch wirklich keiner weiteren Erläuterung, daß die gesetzlichen Grundlagen mangelhaft sind und daß es sehr schwer ist, von der bayerischen Plattform aus die Entwicklung im Bundesgebiet nachhaltig zu beeinflussen. Über den ernsthaften Willen, auch der **Arbeiterschaft**, auf deren Leistungen wir allesamt stolz sein können, den **Reallohn** zu sichern, ihn nach Möglichkeit sogar zu erhöhen, besteht kein Zweifel. Nicht umsonst hat der vielgenährte und teilweise auch gehäßte Herr Bundesminister **Dr. Erhard** hervorgehoben, daß er einer generellen Lohn-erhöhung ablehnend gegenüberstehe, nicht um der „Profitgier“ der Unternehmer willen, sondern um den Arbeitsplatz für Hunderttausende zu sichern, um unseren im Aufstieg befindlichen Export nicht plötzlich erlahmen zu lassen, um den Versuch, die Absatzmärkte wiederzuge-

(Emmert [CSU])

winnen, nicht jäh zu unterbrechen. Er hat nicht gesagt, daß er grundsätzlich gegen jede Lohnerhöhung ist. Er hat als ein Mann der Praxis sogar durchblicken lassen, daß da und dort im Rahmen des Angemessenen Lohnerhöhungen sehr wahrscheinlich vertreten werden können, nicht aber als Thema politischer Auseinandersetzung, sondern als Sache der Tarifparteien.

Wir haben keinen Grund, wie der Kollege Drechsel, glaube ich, und Kollege Dr. Rief, nervös zu werden. Es ist wahrhaftig so, daß sehr viele nervös geworden sind, nicht nur die Produzenten und die Händler und wer weiß sonst, sondern auch die Käuferschicht selbst. Wenn man von der aufkommenden Preiserhöhung da und dort nicht soviel gesprochen, nicht den Teufel an die Wand gemalt und nicht erst das Publikum darauf aufmerksam gemacht hätte,

(Sehr richtig! bei der CSU)

daß etwas teurer werden könnte, dann wären diese Dinge wie auf dem Gebiet der Seife, wo doch wirklich kein Anlaß bestand, und einer Reihe anderer Lebensmittel gar nicht passiert. Man hat die Woge, über die man sich beklagt, erst künstlich mit herbeigeführt.

(Sehr gut! bei der CSU. — Zuruf von der SPD:
Haltet den Dieb!)

— Herr Kollege! „Haltet den Dieb!“ — Ich weiß nicht, welche Verbraucherschicht Sie für sich requirieren wollen, die eine besondere Disziplin an den Tag gelegt hätte.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Ich glaube: Sie sind allesamt Sünder und ermangeln des Ruhms, den Sie vor Gott hätten haben sollen.

(Zuruf von der SPD: Die Käuferschicht, die auf Grund ihres Einkommens nicht kaufen konnten!)

— Herr Kollege! Zur Käuferschicht: Wenn es nur darum ginge, wer sich als der redgewandteste Exponent und Verfechter von Wünschen und Forderungen zeigt, und wenn auf diesem Gebiet ein Erfolg zu erzielen wäre, dann würde ich nicht anstehen, mich mit meiner gesamten Fraktion an die Spitze einer solchen Bewegung zu setzen, dann wären wir die ersten, die versuchen würden, mit Resolutionen und dem Aufgreifen aller Wünsche alle anderen Parteien zu übertreffen.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Nachdem dies aber nicht geht, und wir auch den Mut haben müssen, auch die Parlamentarier, gelegentlich unpopulär zu sein, möchte ich nur sagen, daß zur Disziplin der Erzeuger — auf die alle Wirtschaftsverbände sehr nachdrücklich hingewiesen haben — auch die Disziplin der Käuferschichten gehört.

Ich möchte zusammenfassen: Das Thema ist meines Erachtens, soweit es überhaupt einen Sinn hat, sich von dieser Plattform aus hier zu unterhalten und den Versuch zu machen, Richtlinien herauszuarbeiten, breit genug ausgewalzt worden. Ich bin der Auffassung: Man sollte in Anlehnung an die kaum sichtbaren Nuancen, die uns voneinander trennen — es sind meist nur Nuancen in der Farbe, meine Herren —, auch weiterhin bestrebt sein,

(Abg. Dr. Hille: Da irren Sie gewaltig, Herr Kollege!)

— ja, wenn es auf Sie ankäme, vielleicht —

(Sehr gut! bei der CSU.)

den Versuch zu machen, in verständnisvoller Zusammenarbeit in der Wirtschaft, in der der Mensch auch weiterhin der bestimmende Faktor sein muß, unter Mitwirkung der Schaffenden aller Stände, nicht zuletzt der Gewerkschaften, die Dinge wieder in die Gewalt zu bekommen, indem man Disziplin übt und sich im Laufe der Zeit stufenweise darüber unterhält, ob und inwieweit ein aufsteigender Preis durch nachziehende Löhne — darüber besteht kein Zweifel, Herr Kollege Hagen — ergänzt werden muß. Wir haben alle ein Interesse daran, daß der **Lebensstandard** des schaffenden Volkes, der Arbeiterschaft, nicht beeinträchtigt wird, denn diese ist unser erstes Aktivum in der Außenhandelspolitik und im Wiederaufstieg unserer Wirtschaft.

(Sehr gut! und Beifall bei der CSU und FDP.)

Vizepräsident Hagen: Es folgt Frau Abgeordnete Gröber.

Frau Gröber (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bevor die Interpellation der SPD eingebracht wurde, haben meine Kollegin Zehner und ich bereits gegen die Preiserhöhung Protest erhoben, vor allem gegen die Preiserhöhung bei **Brot**, und zwar deshalb, weil wir an die **Ärmsten der Armen** gedacht haben, an die **Sozialrentner** und jene Leute, die es nicht kaufen konnten. Wir haben nun heute ausführlich gehört, wie es zu dieser Preissteigerung gekommen ist. Ich möchte Sie aber doch fragen, ob wir nicht vielleicht einer großen Heze aus dem Osten zum Opfer gefallen sind und ob wir uns nicht vom Osten her haben betören lassen und diese Heze mitgemacht haben.

(Oh! bei der SPD.)

Wären Sie doch einmal in den Geschäften gestanden und hätten diese Angstkäufe mitgemacht, die wir erlebt haben, wie die Leute sagten: Vom Osten kommen sie schon! Heute erst habe ich gelesen, daß es das größte **Propagandamaterial für den Osten** ist, wenn der Westen durch die große Heze, daß es keine Lebensmittel mehr gibt, und durch die Preiserhöhungen durcheinanderkommt. Und sie haben es fertiggebracht!

Als Geschäftsfrau möchte ich Ihnen sagen: Ich habe in 14 Tagen mehr Öl verkauft als in der ganzen D-Mark-Zeit; ich habe in 14 Tagen mehr Seife verkauft als in der vergangenen D-Mark-Zeit.

(Zuruf von der SPD: An wen?)

— Das kommt schon noch. Ich habe nicht mitgeholfen, diese Heze weiterzuerweitern.

(Zuruf von der SPD: An wen?)

— Wenn ich Zeit gehabt hätte, hätte ich mir aufgeschrieben, wer die Ware gekauft hat. Ich frage mich oft: Wo kommt die Ware vom Schwarzhandel nur her? Vielleicht vom ehrlichen Handel? Für uns war es nicht leicht, im Laden zu stehen und jeden zu befriedigen: da ein Pfund Zucker und hier zwei Pfund Zucker. Wir mußten den Verdruß ausbaden. Wir hatten im Laden zu kämpfen und mußten tatsächlich alles Mögliche anhören, und am Schwarzen Markt — ich habe den Schwarzen Markt in Augsburg allerdings noch nicht gesehen,

(Gröber [CSU])

man spricht nur vom Schwarzen Markt — soll es Zucker in rauhen Mengen geben! Auf eines möchte ich Sie noch hinweisen: Neulich hat es in einer Zeitung geheißt, daß Sie auf dem Land bei Abnahme von 10 Pfund Zwetschgen ein Pfund Zucker zu normalem Preis kaufen können. Wo kommt der Zucker her?

(Zurufe: Prämienzucker!)

Doch nicht vom Handel! Dann möchte ich noch auf eines hinweisen. Auch in den Betrieben kann man manches erleben. Ich kann Ihnen vier Fabriken sagen, in denen in der letzten Zeit, als wir kein Öl zu verkaufen hatten, Bestellungen auf Kanister von Öl entgegengenommen wurden, das Kilo zu 4.60 DM.

(Abg. Dr. Hundhammer: Bei welcher Stelle in der Fabrik?)

— Beim Betriebsrat. Ich kann Ihnen die Fabrik namentlich nennen; ich habe nämlich schon dagegen protestiert. Nun will ich Ihnen sagen: Wir haben das Öl heute noch zu 1.60 DM das Pfund im Laden. Heute gibt es wieder Öl in rauhen Mengen. Man mutet diesen Leuten nun zu, für 4.60 DM das Öl zu kaufen.

(Abg. Hagen Lorenz: Können Sie mir die Adresse auch geben? — Wohin ist die Adresse auch von mir verlangt worden.)

Die Leute haben mich gefragt: Sollen wir das Öl kaufen? Ist das zu verantworten?

Ich möchte eine zweite Frage stellen: Haben wir überhaupt eine **Verantwortung gegenüber dem Staat**? Wer bezahlt denn in diesen Fällen die Steuer? Der Geschäftsmann muß 3 Prozent Umsatzsteuer zahlen. Wer bezahlt hier diese Steuer?

(Abg. Seifried: Der Betriebsrat ist kein Warenhaus.)

— Ich spreche deswegen, Herr Minister Seifried, weil ich dem zweiten Punkt des Antrags nicht zustimmen kann, da er in diesem Punkt gewaltig erweitert werden müßte, indem wir den ehrlichen Handel selbst mit einschalten. Ich muß Ihnen wirklich sagen, ich war früher stolz auf den **ehrliehen Kaufmann**. Von der linken Seite höre ich nun dauernd etwas von: „nur Lumpen!“

(Zuruf links: Wer behauptet das?)

— Da hinten ist gelacht worden, als dem Herrn Kollegen Krempf der Zuruf gemacht wurde: Der Ehrlichste der Ehrlichen! Man muß der Wahrheit auch die Ehre geben.

Sie haben noch von einer **Vorratswirtschaft** gesprochen. Ich kann Ihnen sagen, ich habe mich oft gewundert, daß wir an Fett und Öl und Seife praktisch überhaupt nicht auszukaufen sind. Es gibt heute noch Fett in rauhen Mengen und es gibt wieder Öl in rauhen Mengen, jetzt sinken aber auch wieder die Preise. Voriges Jahr brauchten wir keine Preisüberwachung, als der Schweinefettpreis von 2 DM auf 1 DM herunterging; er ist von selber heruntergegangen. Aber heute? — Zu mir kann man jederzeit kommen.

Vorhin hieß es: Wir haben nun fünf Jahre Geduld geübt! Ja, meine Damen und Herren, in den zwölf Jahren während der Nazizeit haben wir alle gelitten,

wie wir hier im Hause sind. Hitler sagte, ich brauche drei Jahre Zeit zum Aufbau; alles hat dabei geschrien. Ein Wahnsinn ist es, in drei Jahren aufbauen zu wollen! Und heute soll nach fünf Jahren alles wieder so aufgebaut sein, als hätten wir überhaupt keinen Krieg gehabt und als hätte es nie ein Naziregime gegeben!

(Beifall bei der CSU.)

Ich möchte dann auf den Zwischenruf antworten, daß **unter dem Ladentisch** verkauft werde. Auch heute gibt es wieder solche Geschäfte. Diese gehören aber nicht ehrlichen Kaufleuten. Ich denke an diese Baracken in der Mühlstraße und an solche jüdische Baracken überhaupt, in denen unter dem Ladentisch verkauft werden soll. Und warum wird unter dem Ladentisch verkauft? — Weil sie keine Steuern bezahlen wollen, weil sie den Staat betrügen wollen.

Ich war erst kurz in der **Rheinpfalz**. Ich habe dort mit den **Flüchtlingsen** gesprochen, die erst kürzlich hinübergekommen sind. Sie sagten uns: Es gefällt uns sehr gut in der Pfalz, aber die Preise! In Bayern waren die Preise niedriger, in Bayern war immer noch zu leben, in der Pfalz ist alles viel teurer! Ich möchte sagen: In Bayern haben wir im ganzen Bundesgebiet die niedrigsten Preise, und deswegen kommen die Leute auch meistens nach Bayern.

Vielleicht darf ich Ihnen noch den Ausschnitt eines Briefes vorlesen, den ich aus dem Osten bekommen habe; ich nenne keinen Namen und auch keine Ortschaft. Es heißt hier:

Wir alle wollen Frieden und Einheit und warum macht man all diesen Lärm? Wir hätten heute allen Grund, zusammenzuhalten und keinen Lärm zu machen und ganz anders zu arbeiten.

(Zuruf links: Alle!)

Wir haben jetzt schon wieder tüchtig mit Stromabschaltungen zu tun. Wir haben nur ein paar Stunden Strom am Tag. Und das soll alles für den Frieden sein? Und wie ist es in Wirklichkeit? Jedes Jahr das gleiche Elend! Uns graut heute schon wieder vor dem Winter.

Ich glaube, wir können wirklich mit Stolz zurückblicken. In den letzten 3½ Jahren ist wirklich etwas geleistet worden.

(Beifall bei der CSU. — Abg. Haas: Aber auch die Arbeiter haben mitgeleistet.)

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Herr Abgeordnete Josef Fischer.

Fischer Josef (CSU): Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine Interpellation über Preissteigerungen zu behandeln. Ihr Grund ist im wesentlichen der — das wird von niemand bestritten —, daß das Einkommen großer Teile unseres Volkes zu gering ist. Man hat nun, darin gebe ich insbesondere dem Kollegen Emmert recht, im wesentlichen an dieser Tatsache vorbeigeredet, man hat daran auch vorbeigeredet, Herr Kollege Hagen, in den Versammlungen und Kundgebungen der Gewerkschaften. Ich selbst habe der **Kundgebung in Augsburg** angewohnt. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Redner in dieser Versammlung jenes Pamphlet erwünscht haben, in dem die Betriebsräte zu den Preis-erhöhungen Stellung nehmen, und nicht die verantwort-

(Fischer Josef [CSU])

liche Stellungnahme der Gewerkschaft. Es ist auch nicht ein einziges Wort darüber gefallen, warum dies alles gekommen ist, obwohl die Ursachen doch auf der Hand liegen. Es ist eine verantwortungslose Kundgebung gewesen. Ein Mitglied dieses Hauses hat dazu auch von der politischen Seite her so tiefgründig Stellung genommen, daß ich Ihnen seine Ausführungen nicht vorenthalten will. Er hat gesagt: Da habt ihr jetzt die Folgen der Wahl vom 14. August 1949. Das also war die „Aufklärungsarbeit“ in dieser Kundgebung. Ich glaube, es ist etwas billig, die Fragen, die uns bewegen, so zu beantworten. Man muß schon etwas tiefer in die Sache hineinsteigen.

Ich habe auch mit großem, ich muß schon sagen, Schmerz in der Presse gelesen und in verschiedenen Kundgebungen gehört, wie man das **Brot**, das wir heute haben — ich nenne es das gute Brot —, so geschmäht hat. Das ist fast eine Sünde. Ich kann mich noch daran erinnern, wie ich vor noch nicht gar zu langer Zeit in meiner Familie den Brotlaib habe antragen müssen, um einzuteilen, was wir am Tage essen durften. Das alles ist vergessen. An uns allen, Mitglieder dieses hohen Hauses, liegt es, diese Fragen mit der ganzen Verantwortung, die uns aufgebürdet ist, zu behandeln und manche vielleicht sehr angenehme, aber sehr billige Agitation völlig, aber schon wirklich völlig wegzulassen. Man könnte sehr ruhig an die Regierung die Frage stellen: Warum hat sie Salta, warum hat sie die Flüchtlingsausweisungen, warum hat sie die Teilung Deutschlands, warum hat sie die Demontagen, warum hat sie den Korea-Konflikt und warum hat sie die ganze Kriegsspychose nicht verhindert?

(Abg. Stock: Diese Frage kann man schon an eine Regierung stellen, aber nicht an unsere!)

Ich habe in diesem Hause oft den Eindruck gehabt, als ob die **Opposition** in Bayern und jetzt auch im Bund vergessen hat, daß sie im gleichen Rahn sitzt und daß sie die Richtung ihrer Oppositionstätigkeit etwas korrigieren sollte.

(Abg. Zietisch: Aber über die Methoden kann man streiten.)

Aber die Methoden der Opposition bohren das Schiff an. Wenn der Herr Kollege Hagen Lorenz glaubt, daß wir mit den **Demagogen vom Osten** das Wettrennen machen können —

(Abg. Hagen: Ich?)

— Sie haben gesagt, wir müssen den Agitatoren entgegenarbeiten. Nun, wir werden dieses Wettrennen nie aushalten; denn dort machen sie aus schwarz weiß. Es mag bei uns zehnmal besser sein als im Osten, es wird eben nicht anerkannt.

(Zuruf des Abg. Hagen.)

— Das ist eben die schwere Verantwortung, vor der sich auch die Opposition nicht drücken kann. Wir sitzen in diesem einen Schiff. Die Opposition täuscht sich, wenn sie glaubt, sie könne mit den jetzt im Bund wie in Bayern üblichen Methoden eine politische Wirkung erzielen und doch den demokratischen Staat als Ganzes erhalten. Sie wird diesen Rahn zum Sinken bringen, zur Freude

der Leute, gegen die wir angeblich einen gemeinsamen Kampf führen.

(Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, viele von Ihnen kennen mich. Denen, die mich nicht kennen, will ich sagen: Mein Leben war von Jugend auf sehr hart, und ich stand ganz natürlich auf der Seite des wirtschaftlich und sozial Schwächeren. Ich stehe aber nicht nur aus dieser meiner Erfahrung heraus, sondern aus einer christlichen Verantwortung und aus einem sozialen Gefühl heraus auf der Seite dieser Menschen. Ich erkenne an, daß große Schichten unseres Volkes sich nicht nur hart, sondern sehr hart tun, das Leben ihrer Familien zu erhalten. Es fragt sich nur, ob die Regierung hier dabei versagt hat, Maßnahmen zu treffen, um das Leben leichter zu gestalten, oder ob die Verhältnisse schuld sind, in die wir seit Jahr und Tag hereingestellt sind und in die wir durch Kräfte, die wir nicht in der Hand haben, die wir nicht neutralisieren und aufheben können, immer wieder hereingezogen werden. Es fragt sich, ob die Regierung oder die Partei der CSU oder irgendein Stand die Schuld an diesen Verhältnissen trägt. Ganz bestimmt wird sich manches wieder einrenken lassen. Aber es läßt sich nicht dadurch einrenken, daß man in der Opposition eine Tonart anschlägt, die das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Stände und auch aller demokratischen Parteien nicht mehr gewährleistet.

(Zurufe von der SPD.)

Darauf kommt es mir an, daß wir alle zusammen eine Verantwortung tragen, die **Verantwortung für unser ganzes Volk**, und daß wir überall und an allen Orten auch das Unangenehme vertreten müssen. Glauben Sie mir, wir müssen — mir geht es wenigstens so — unseren Leuten viel öfter Unangenehmes als Unangenehmes sagen. Darum werden auch Sie, meine Herren von der SPD, nicht herumkommen; denn auch Sie stehen in vielen Ländern des Bundesgebiets mit in der Verantwortung und mir ist nicht bekannt, daß dort, wo Sie die Verantwortung mit tragen, die Zustände um so viel besser sind, daß man sie als Vorbild hinstellen könnte. Deshalb möchte ich Sie in dieser ernstesten Zeit daran erinnern, daß Sie und wir gemeinsam miteinander die Verantwortung für unser Volk und vor unserem Volk zu tragen haben.

Ich entsinne mich noch einer Darstellung aus dem Jahr 1947 oder 1948 — wir haben sie auch als Landtagsdrucksache bekommen —, in der ein Wirtschaftsberater der Militärregierung sechs Punkte aufgezählt hat, die notwendig wären, um die Lage zu erleichtern. Er hat dann lakonisch, wie es die Art der Amerikaner ist, hinzugefügt: Aber keinen dieser sechs Punkte können die Deutschen von sich aus verwirklichen, es ist nicht in ihre Macht gegeben. Daß es so ist und daß wir nach einem verlorenen Krieg den Lebensstandard nicht in dieser kurzen Zeit auf den Stand von 1938 verbessern können, das muß doch nun jeder einsehen,

(Sehr richtig! bei der CSU)

ebenso, daß in unseren heutigen Preisen eben die Zerstörung und die Wiedergutmachung mit enthalten sind, die Krieg und Nachkriegszeit mit sich gebracht haben. Wenn wir heute Milliardenbeträge für Kriegsfolgenlasten ausgeben müssen, so muß das irgendwo enthalten sein.

(Sehr gut! bei der CSU.)

(Fischer Josef [CSU])

Es wird sich herausstellen, inwieweit wir in vernünftiger Zusammenarbeit in der Lage sind, das Volkseinkommen gerechter zu verteilen. Dazu wird unsere Fraktion jederzeit ihre Hand und auch ihre Mitarbeit bieten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Vizepräsident Hagen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Anton Maier.

Maier Anton (CSU): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Fischer waren eigentlich die beste Antwort auf die Interpellation. Sie sind unwiderleglich und treffen das Richtige.

(Abg. Zietsch: Weil sie mit der Interpellation nichts zu tun haben, Herr Kollege!)

— Aber die Antwort geben sie, und ich werde Ihnen sagen, was sie mit der Interpellation zu tun haben.

(Abg. Zietsch: Also bitte! Aber beziehen Sie sich nicht auf Herrn Kollegen Fischer!)

— Herr Kollege Fischer hat die richtige Antwort gegeben, die Sie als Interpellanten übersehen haben.

Meine Damen und Herren, wenn ich die **Interpellation** im Wortlaut lese, so sehe ich mich — es tut mir leid — in eine Zeit zurückversetzt, deren Sprache wir eigentlich längst vergessen haben sollten:

„Ist sich die Staatsregierung darüber im klaren, daß die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Konsumgüter weiteste Kreise des Volkes in eine katastrophale Lage bringt und daß damit die sozialen Spannungen und Gegensätze unerträglich gesteigert werden?“

(Zuruf von der SPD.)

Eine solche Sprache hätte man 1923 führen können, als über Nacht der Semmelpreis um Millionen stieg, aber doch nicht heute! Niemand wird es einem Abgeordneten und einer Partei verwehren, wenn sie sachlich Kritik üben, wenn sie die Sprache reden, die angebracht ist. Aber hier geht es zu weit. Weiter:

„Glaubt sie, daß die schaffenden Stände unseres Volkes auf die Dauer die krasse Selbstsucht raffender Kreise mit Lammesgeduld hinnehmen?“

Das ist nicht einmal mehr die Sprache eines Wahlflugblattes. Auch da würde ich eine solche Sprache ablehnen, und mit der Arbeit der Sozialdemokratischen Partei als Oppositionspartei im Landtag hat diese Sprache nach meiner Auffassung schon gar nichts mehr zu tun. Warum denn jetzt auf einmal diese Sprache? Lassen Sie sich doch nicht so von der Tatsache beeinflussen, daß wir drei Monate vor der Wahl stehen! Die kommt noch früh genug, daß wir derartige Sprüche hören.

(Abg. Dr. Hoegner: Wir denken gar nicht daran! Glauben Sie, daß wir das wegen der Wahl machen?)

— Bitte, wenn Sie andere Gründe hätten, warum brauchten Sie dann eine solche Sprache zu führen, Herr Kollege Dr. Hoegner?

(Zurufe des Abg. Hagen Lorenz.)

— Herr Kollege Hagen, ich möchte Ihnen folgendes sagen: Wenn Sie das nicht als Wahlflügel betrachten wollen, dann sagen Sie mir doch — Sie haben große Ausführungen gemacht, auf die ich genau aufgepaßt habe —: Was gedenken Sie zu tun? Was haben Sie denn Positives gesagt?

(Zuruf von der SPD: Er ist doch kein Wirtschaftsminister!)

— Er hat kein Wort der positiven Kritik gesagt.

(Zuruf von der SPD: Das ist Sache der Regierung!)

Er hat nicht das Geringste vorgeschlagen. Auch die Opposition ist verpflichtet, wenn sie an den Maßnahmen der Regierung Kritik übt, positive Gegenorschläge zu machen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD.)

— Es ist richtig, Sie haben kein Wort davon gesprochen, daß die Konsumvereine eigene Wege gehen könnten. Ich glaube nicht, daß Sie ohne Einfluß auf die **Konsumvereine** sind.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Abg. Zietsch: Wir sind ganz ohne Einfluß! — Lachen rechts und in der Mitte.)

— Ach, Herr Kollege Zietsch, ich glaube nicht, daß ausgerechnet Sie und Ihre Kollegen und vor allem Herr Kollege Hagen so ohne Einfluß auf die Konsumvereine sind, genau so ohne Einfluß, wie er auf die „spontanen Kundgebungen der Betriebsräte“ ohne Einfluß gewesen ist oder auf die Kundgebungen, die jetzt draußen wegen der Preispolitik kommen. Also, Ihr Einfluß ist sehr mäßig! Sie müßten auf dem Gebiet mehr Einfluß haben!

(Abg. Zietsch: Wir wünschten, es wäre so.)

Dann hat Herr Kollege Hagen ein Flugblatt angeführt, das er selbst als ein Pamphlet bezeichnet hat. Herr Kollege Hagen, ich möchte Sie dringend bitten: Geben Sie denjenigen, die hinter diesem Flugblatt-Pamphlet stehen, nicht dadurch, daß Sie die Massen aufrufen, Gelegenheit, zu heizen und in dieser Form zu agitieren! Ich warne Sie! Einmal kommt die Stunde, wo Sie die Massen nicht mehr beherrschen können.

(Abg. Hagen Lorenz: Zahlen Sie den Leuten anständige Löhne!)

— Beweisen Sie mir, daß ich keine anständigen Löhne bezahle; dann haben Sie erst das Recht, solche Zwischenrufe zu machen!

(Abg. Hagen Lorenz: Ich greife nicht Sie persönlich an, sondern ich sage es allgemein.)

— Auch allgemein ist dieser Angriff nicht berechtigt; denn in der ganzen Berufsorganisation werden anständige, ja sogar beste Löhne gezahlt. Wenn ich Ihnen nachweise, daß selbst in den kleinsten Orten der Mindestlohn fast von München bezahlt wird, dann kann man nicht sagen, daß keine anständigen Löhne gewährt werden. Gegen einen solchen Vorwurf muß ich mich entschieden verwahren.

Von den Interpellanten ist nichts darüber gesagt worden, was an Preisen gefallen ist. Interessant ist auch der Termin, zu dem der Dringlichkeitsantrag von der Staatsregierung beantwortet werden soll, nämlich der

(Maier Anton [CSU])

10. Oktober. Ich glaube, es wäre der Interpellantenpartei gerade recht, zu diesem Zeitpunkt das zu bekommen, was sie für die nächsten vier Wochen braucht.

(Heiterkeit bei der CSU. — Zurufe von der SPD: Unerhört! — Solche Dinge werfen wir jedenfalls nicht in den Wahlkampf!)

— Wir auch nicht; aber Herr Kollege Hagen, auch solche Dinge nicht, wie Sie das letzte Mal in Ihrer Stellungnahme zu meinen Ausführungen gebracht haben und die sie nachher widerrufen mußten.

Es ist von den **Arbeitslosen** gesprochen worden, aber unerwähnt geblieben, daß von ihnen heute nur 800 000 erwerbsfähig sind. Es ist nichts davon gesagt worden, daß kein Einzelhändler, kein Kaufmann heute irgendwie horten kann oder hortet. Gehen Sie in die Läden und schauen Sie, wie die Leute werben und wie sie verkaufen wollen! Warum wollen sie verkaufen? Weil sie Geld brauchen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es ist für einen Geschäftsmann heute gar nicht möglich, Waren zu horten, weil er das Geld einfach nicht liegen lassen kann, sondern es braucht.

Ich wäre auch sehr erfreut gewesen, wenn ich von den Vertretern der Interpellation wirklich positive Vorschläge gehört hätte, wenn sie uns gesagt hätten, in welchen Punkten die Regierung beim Wiederaufbau, im Wohnungsbau und in der Arbeitsbeschaffung versagt hat. Es wäre Sache der Interpellanten gewesen, uns positiv zu erklären: Wir würden in einem Jahr mit den und den Mitteln nicht 300 000, sondern 2 Millionen Wohnungen bauen; wir würden den Produktionsstand nicht bloß auf 100, sondern auf 130 oder gar auf 250 Prozent des Standes von 1938 bringen, wenn unsere Vorschläge verwirklicht würden. Wenn Sie in dieser Weise Vorschläge gemacht und die Sache kritisch beleuchtet hätten, wären wir mit der Interpellation sehr einverstanden. So aber kann ich in der ganzen Sache überhaupt keinen Sinn sehen, um so weniger, wenn ich Form und Sprache der Interpellation in Betracht ziehe.

(Zuruf von der SPD: Sie erkennen bei einem sozialdemokratischen Antrag nie einen Sinn!)

— Ich erkenne durchaus einen Sinn, wenn einer vorhanden ist. Es ist am letzten Samstag im Rundfunk sehr gut gesagt worden: „Der Maier sagt nein, wenn er vom Ja sich nicht überzeugen kann, auch wenn er allein steht.“ Ich glaube, ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich mir ein eigenes Urteil bilden kann.

(Abg. Op den Drth: Kommen Sie in die Industrie, und dann bilden Sie sich ein Urteil!)

— Ich kenne die Industrie. Es ist natürlich wichtig, daß die Industrie ausgebaut und Arbeitsstätten geschaffen werden.

Ich habe wiederholt in öffentlichen Versammlungen gesagt: Wenn euch einer erzählt, es werden bessere und goldene Zeiten kommen, dann lügt er, weil das gar nicht möglich ist. Denn wir müssen die Rechnung bezahlen, die uns jetzt für die **12 Jahre Hitlerherrschaft** präsentiert wird. Überlegen wir uns doch einmal, was bis heute schon an Wiederaufbauarbeit geleistet worden ist! Wer von Ihnen hätte vor drei Jahren oder am

20. Juni 1948 geglaubt, daß wir heute schon wieder so weit sind?

(Zustimmung bei der CSU. — Abg. Hagen Lorenz: Wo steht denn die andere Seite, wo stehen die Arbeiter? Stehen die heute auch schon so hoch?)

— Weil Sie diesen Zwischenruf machen, Herr Kollege Hagen, so möchte ich Ihnen sagen —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Stang: Ich bitte, mit etwas ruhigerem Gemüt zu sprechen.

Maier Anton (CSU): — Ich werde Ihrem Wunsche folgen, Herr Präsident. —

Sie haben sehr viel **Kritik an den Geschäftsleuten** geübt. Darauf möchte ich Ihnen nur erwidern: Wir haben doch heute eine freie Wirtschaft; warum werden Sie nicht Lebensmittelhändler oder sonstige Kaufleute, wenn das so gewinnbringend ist?

(Zuruf von der SPD: Dazu braucht man Geld!)

— Aber bitte, wir haben ja nach der Währungsreform auch mit Null anfangen müssen.

Über das, was Sie bezüglich der **Uffiengesellschaften** und über die Aufwertung 1:1 ausgeführt haben, ließe sich sehr viel sagen; ich will es aber unterlassen, weil es zu unserem Thema nicht gehört. Ich erkenne ohne weiteres an, daß Sie mit Recht an der Preisentwicklung Kritik üben; das ist Ihre Aufgabe, und wir alle üben Kritik. Aber, bitte, tun Sie das nicht in der Sprache, die hier gesprochen worden ist, sondern aus der **Verantwortung** heraus, die Sie und wir zusammen für den **Wiederaufbau unseres Volkes** tragen und die wir alle tragen müssen, um uns vor Dingen zu bewahren, die wir und Sie vielleicht eines Tages nicht mehr meistern können.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident Dr. Stang: In der Reihe der Redner folgt der Herr Abgeordnete Maag; ich erteile ihm das Wort.

Maag (SPD): Meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs eines feststellen: Dem Herrn Kollegen Weidner, der mit großem Stimmaufwand versucht hat, meiner Fraktion zu sagen, was ihr Kollege Maag im Landwirtschaftsausschuß alles ausgeführt hat, ist ein großer Irrtum unterlaufen. Nicht ich habe die von Herrn Kollegen Weidner zitierten Ausführungen gemacht, sondern Kollege Maag von der CSU.

(Heiterkeit.)

Man sollte also immer etwas vorsichtig sein.

Wenn man unsere heutige Preisdebatte gehört hat, könnte man sich zu der Frage veranlaßt sehen: Leben wir im bayerischen Volk oder ist der Landtag außerhalb des Volkes? Man hätte fast die Meinung haben können, es hätten Ihnen Ihre Frauen noch gar nichts von der **Preissteigerung** erzählt und noch nie darüber geschimpft, daß alles teurer wird. Es wird so dargestellt, als ob die bösen Sozialdemokraten aus der ganzen Teuerung so etwas wie einen Wahlschlager machen wollten. Alle Frauen im Volk — auch die Ihrigen —

(Maag [SPD])

haben diese Teuerung längst gemerkt. Gehen Sie an den Schaufenstern vorbei, gehen Sie in die Läden und hören Sie, ob die Frauen dort auch so vernünftig reden, wie Frau Zehner und Frau Gröber, die der Meinung sind, daß der Handel vollständig in Ordnung ist und daß nur die Verbraucher vernünftig sein müßten. Sie werden, wenn Sie mit diesen Frauen sprechen, es anders hören, als es heute hier dargestellt wird.

(Abg. Hagen Lorenz: Sehr richtig!)

Man sagt weiter, die Gewerkschaften und die bösen Sozialdemokraten hätten wieder einmal „spontane“ Kundgebungen abgehalten. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe in Aschaffenburg, in Würzburg und in Bamberg zu diesem Problem gesprochen, und ich habe selten so große Versammlungen gehabt. Sie erfolgten nicht auf Diktat. Wir mußten zwar die Leute sonst manchmal etwas beiholen; das gebe ich zu. Das machen Sie auch, wenn Sie Kundgebungen abhalten. Aber bei den **Versammlungen zur Teuerungswelle** waren unsere Säle überfüllt, und zwar ohne daß irgendein Anschlag vorangegangen war, nur deshalb, weil jeden dieses Problem drückt. Gehen Sie doch selbst in die Kundgebungen! Ich kann Ihnen verraten, daß ich wiederholt hören mußte: Du bist bei der Landwirtschaft; du verteidigst sie! Als ich mein Referat gehalten hatte und die Debatte eröffnete, hielten mir die Kollegen in der Diskussion hundertmal vor: Wo ist der **Generalstreik**? Das war überall die Devise. In drei Städten wurde ich gefragt: Warum ruft die Gewerkschaft nicht zum Generalstreik auf? Wir hatten alle Hände voll zu tun, um die Kollegen zur Vernunft zu mahnen und ihnen zu sagen, daß man bei solchen Problemen der Wirtschaft nicht einen Generalstreik ausrufen kann. Hier aber wird es so hingestellt, als sei das alles nur Mache von einigen Männern, als sei das alles nicht aus dem Volk gekommen. Gehen Sie doch in die Betriebe hinaus! Wir haben heute in allen Betrieben einen schweren Stand. Unsere Kollegen sagen uns: Die Gewerkschaften unternehmen nichts gegen die Teuerung. Sie haben nur schöne Briefe geschrieben; das ist alles; dazu brauchen wir keine Gewerkschaft! — In diesem Ton geht es weiter.

Wenn gesagt wird, man dürfe nicht glauben, daß in fünf Jahren alles wieder so sein könne, wie es war, so stimmt das. Ich glaube nur, es gibt einige Stände, die meinen, daß nach diesen fünf Jahren alles wieder so sein muß, wie es einmal war.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Stände sind aber bestimmt nicht die Arbeiter und die Angestellten, die gegen Entgelt arbeiten.

(Abg. Brunner: Herr Kollege, das dürften einzelne dieser Stände sein!)

Wenn man weiter behauptet, die Opposition habe nichts Positives gesagt, und es so hinstellt, als sei die **Teuerung durch Korea** gekommen, so ist das nur ein Blitzableiter. Man sagt sich: Gott sei Dank, Korea ist jetzt schuld. Ich gebe zu — ich habe das auch bei meinen Kundgebungen gesagt —, daß Korea mit ein Grund ist. Aber ich habe auch gesagt, man wußte in der Bundesregierung seit Januar 1950, daß man im Juni die Subventionen einstellen wollte; man wußte ab Ja-

nuar 1950, daß dann eine Zeitwende kommen und die Teuerung eintreten würde. Das sagen selbst die Herren von der CDU/CSU in unseren Versammlungen. Damals war noch kein Korea in Aussicht. Was hat man getan?

(Zuruf von der CSU: Habt Ihr Anträge im Bundestag gestellt?)

Man hat nichts getan. Auch die Herren Landwirtschaftsvertreter sagen das heute. Man hat keine vernünftige **Vorratspolitik** getrieben zu einer Zeit, als es noch möglich war, auf dem Weltmarkt Weizen und Zucker zu einem günstigen Preis zu kaufen. Schäffer sagte, er habe kein Geld dazu, und das zur gleichen Zeit, in der man ein neues Einkommensteuergesetz erließ und gewissen Leuten 900 Millionen schenkte. Und was tut man heute, wo auf dem Weltmarkt diese Produkte um 10 bis 20 Prozent angezogen haben? Jetzt, als es zu spät war, hat man 600 Millionen bereitgestellt, um diese Artikel einzukaufen.

Das ist der Vorwurf, den wir zu machen haben und dessen Berechtigung selbst die Landwirtschaft zugibt. Hätte man in der **Zuckerwirtschaft** für ein Vierteljahr Vorrat gehabt, so hätte man die Angstkäufe durch Nachlieferungen aus gefüllten Lagern in acht Tagen aus der Welt schaffen können. Man hat es versäumt, eine vernünftige Vorratspolitik zu treiben. Der eine will die Sache auspendeln lassen und der andere, Herr Schäffer, hat kein Geld. Selbst Leute der Regierung sagen, die Linke weiß nicht, was die Rechte tut. So lagen doch die Dinge.

Gewisse Kreise versuchen nun, die Regierung zu zwingen, ihren Interessen zu dienen, und alles geht zu Lasten des Verbrauchers. Ich bin überzeugt, man hätte vorsichtiger sein können. Ich will Ihnen eines sagen: Man muß immer sachlich bleiben. Wir haben im Landwirtschaftsausschuß und auch hier im Landtagsplenum vor langer, langer Zeit, vor zwei Jahren, einmal gesagt: Wir wollen eine **Marktordnung** schaffen, und wir haben sie vorgeschlagen. Sie wurde von Frankfurt abgelehnt; sie wurde auch im Bund abgelehnt. Was haben wir nun heute auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft? Selbst der Herr Minister muß erklären: Wirklich einen kleinen Saustall. Das Bewirtschaftungsnotgesetz muß wieder verlängert werden, weil man überhaupt keine Agrargesetze schafft. Die einzige Grundlage, die man jetzt hat, ist das Getreidegesetz. Sonst hat man nichts. Man wurstelt einfach zu, und hat nun in Korea einen Ausweg. Korea soll jetzt schuld daran sein, daß diese Wurstelei auffällt.

Zu einer Zeit, als wir im Bayerischen Landtag die sogenannte bayerische Brotzeit machten, die leider von der Presse zum Teil falsch verstanden wurde, und auf das Roggenbrot hinwies, wäre es notwendig gewesen, im deutschen Volk auf eine vernünftige **Roggenbroterzeugung** und Roggenbrotbewirtschaftung hinzuwirken. Man hat das nicht getan, man hat es versäumt. Jetzt aber kommt man mit dem **Konjunktur**. Wir haben also versucht, die Dinge vorwärtszutreiben.

Dazu möchte ich noch eines sagen: Wir müssen endlich auch in Deutschland nicht nur eine **Marktordnung** schaffen, sondern auch versuchen, eine **Marktleitung** zu erreichen. Aber das will man ja in der bekannten freien, liberalistischen Wirtschaft in Deutschland mit

(Maag [SPD])

Erhard an der Spitze nicht. Hier ist **Schweden**, wo Sie uns hingeschickt haben, beispielgebend. Dort versucht man unter einer sozialdemokratischen Regierung, den Verbrauch in der Weise zu lenken, daß die Landwirtschaft mehr erzeugt und der Verbraucher zur Verwendung von Milch und Milchzeugnissen erzogen wird. Man könnte auch in Deutschland versuchen, angesichts unseres Überschusses an Roggen den Verbrauch vernünftig zu lenken. Aber das hat man alles versäumt. Aber nun sagt man, das einzige, was schuld an der Entwicklung sei, ist Korea.

Man soll also die Dinge nicht verdrehen. Ich bedauere zum Beispiel, daß heute — auch in der Diskussion — versucht wird, einen Stand gegen den anderen auszuspielen. Es wird gesagt: Die Erzeuger sind unschuldig; der Handel ist unschuldig. Aber der Verbraucher muß letzten Endes die Zechen bezahlen. So liegen doch die Dinge. Siehe **Schweinepreis**! Ich weiß, daß unsere Bauern sagen: Wir waren mit einem Schweinepreis von 1.10 Mark zufrieden; wir haben gar nicht daran gedacht, 1.30 Mark zu verlangen. Bedankt euch bei den Agenturen auf den Märkten, die, zum Teil auch außerhalb Bayerns, die Preise in die Höhe getrieben haben! Ich weiß, daß das richtig ist. Ich frage aber nur: Kann man da einfach zusehen? Es liegt auch nicht im Interesse der Bauern, daß man solche Politik macht. Sie sind letzten Endes mit die Leidtragenden. Sie können die Bauersfrauen fragen; auch sie werden Ihnen ein beredtes Zeugnis dafür ablegen, daß dem so ist.

Es ist unrichtig, wenn heute gesagt wird, man merke nichts von einer Teuerung und die bösen Sozialdemokraten wollten sich nur einen Wahlschlager verschaffen. Gehen Sie in die Betriebe hinaus! Ich stehe jeden Tag in dieser Arbeit. Ich sage Ihnen offen: Ich habe seit 1945 selten so viel mitzumachen gehabt wie heute. Es heißt: Was macht ihr im Landtag? Was machen die Gewerkschaften? Könnt ihr weiter zusehen? Man soll unsere Haltung also nicht lächerlich machen und es so hinstellen, als sei das nur eine Wahlmache. Die Wähler draußen, die Frauen werden Ihnen sagen, ob das eine Wahlmache ist. Sie müssen die Zechen für all das Unglück bezahlen.

Hier sage ich ganz offen: Das ist die **Politik der Bundesregierung**. Jawohl. Man soll nicht sagen, wie es der Kollege Fischer getan hat, das sei eine Demagogie. Es ist der Fehler der Bundesregierung, die in ihrer Zusammensetzung ja selbst nicht geschlossen ist — der eine sieht nach rechts und der andere nach links —, daß man überhaupt keine Wirtschaftspolitik und noch weniger eine Agrarpolitik hat. Man wurfstelt einfach weiter, weil man nicht weiß, was man will.

Es ist richtig, daß an den heutigen Erscheinungen nur gewisse **Hyänen der Wirtschaft** Interesse haben. Ich bin überzeugt, die Ehrlichen haben kein Interesse daran. Aber es ist leider so, daß der Arbeiter, der Kleinbauer und der Angestellte die Zechen für eine verkehrte Wirtschaftspolitik zahlen muß, die in Deutschland getrieben wurde.

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hemmersbach.

Hemmersbach (ZDB): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zur Interpellation der SPD möchte ich heute nicht mehr Stellung nehmen; das hat mein Kollege Weidner in vorzüglicher Weise getan. Wenn ihm ein Irrtum unterlaufen ist, bitte, beruhigen Sie sich, auch andere Menschen irren sich einmal; wir sind alle irrende Menschen. Auch in der Interpellation, die Sie eingebracht haben, sind kleine Irrtümer enthalten; die wurden heute schon zur Genüge festgestellt.

Was mich aber veranlaßte, heute zu sprechen, das war vor allem, weil der Herr Kollege Hagen den Ausspruch vom „unnötigen Zwischenhandel“ tat. Wenn er mit diesen Worten „den unnötigen Zwischenhandel“ auch die raffenderen Kreise meinte, wie es in der Interpellation heißt — ich glaube aber, soweit ich Kollegen Hagen kenne, will er das nicht haben —, dann möchte ich ihm schon sagen, daß die **Nöte und Sorgen des Zwischenhandels** und des **Kleingewerbes** heute außerordentlich groß sind. Die Kolleginnen Gröber und Zehner haben schon darauf hingewiesen, wie schwer es für den Zwischenhandel jetzt in der Zeit der Warenverknappung war, überhaupt Ware hereinzubringen. Ich möchte den Kollegen Hagen bitten, sich einmal in diesen Kreisen umzusehen; dann wird er schon sehen, welche Nöte und Sorgen diese Leute haben. Er kann sich dann erst ein Bild machen, wie hart die sich tun. Es ist doch auch sicher bekannt, wie sehr dieser sogenannte Zwischenhandel mit Steuern belastet ist, daß es für ihn kaum noch einen Gewinn gibt, sondern daß er sich mit Mühe und Not durcharbeitet und durchjorgt.

Wenn die Preise für Waren, die wir jetzt aus dem **Ausland** beziehen, teurer werden, wenn der **Großhandel** und die **Konsumgenossenschaften** diese Waren teurer einkaufen müssen, dann wirken sich diese neuen, höheren Preise auch auf die Erzeugnisse des Inlands aus; das haben wir immer erlebt. Ich glaube sicher, daß der **Großhändler** und die **Konsumgenossenschaften** dann auch gezwungen sind, wenn sie halbwegs existieren wollen, mit den Preisen in die Höhe zu gehen. Wenn aber der Kollege Hagen mit seinen Worten ausdrücken wollte, daß der **Großhandel** und die **Konsumgenossenschaften** mit ihren Filialen in Zukunft die Vermittlung zwischen den Erzeugern und Verbrauchern allein herstellen sollen, dann vernichten Sie einen Berufsstand, der seit Menschengedenken bestanden hat. Ich nehme nicht an, daß das der Wunsch des Kollegen Hagen sein wird.

Daß wir Demokraten jeden Übergriff in den Preisen ganz entschieden bekämpfen werden, hat Kollege Weidner ganz richtig ausgeführt, dem brauche ich kein Wort hinzuzufügen. Sie haben aber nun auch einen **Dringlichkeitsantrag** eingebracht, der drei Punkte umfaßt. Ich würde nun bitten, noch einen vierten Punkt hinzuzufügen: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den **Schwarzhandel** wirksam zu bekämpfen?

(Abg. Dr. Hoegner: Einverstanden!)

Wenn Sie das noch machen, dann werden wir Ihren Dringlichkeitsantrag ganz entschieden befürworten und dafür eintreten.

(Abg. Zietsch: Einverstanden!)

Im übrigen möchte ich mich nicht weiter aussprechen. Das, was gegen die Interpellation gesagt werden mußte, ist gesagt worden. Ich möchte nur wünschen,

(Hemmersbach [SP])

daß die heutige Debatte auch den Erfolg zeitigt, den wir alle anstreben. Ich glaube sicher, daß demnächst die Preise wieder ganz entschieden absinken werden.

(Zurufe von der SPD.)

Präsident Dr. Stang: Das Wort nimmt nun der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Müller.

Dr. Müller, stellv. Ministerpräsident: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen zunächst danken für die Sachlichkeit, mit der diese Diskussion geführt wurde. Sie ging um Probleme, die nicht nur Ihnen als Interpellanten sehr stark auf die Nerven gehen, sondern genau so uns in der Regierung; da wollen wir uns gegenseitig nichts vormachen.

(Abg. Drechsel: Also doch! — Abg. Op den Orth: Sie anerkennen also, daß das sachlich war heute!)

— Es ist bei allem so, verehrter Herr Kollege Op den Orth, daß jeder vom anderen annimmt, daß er noch sachlicher hätte sein müssen und ein gutes Beispiel hätte geben müssen. Infolgedessen glaube ich, man könnte beiderseits beherzigen, was Sie gerade gemeint haben.

Ich werde angesichts der Tatsache, daß doch schon ziemlich viel gesprochen wurde, versuchen, mich kurz zu fassen. Ich darf von der Feststellung ausgehen, die ich das letzte Mal getroffen habe: es wäre von der Regierung nicht zu verantworten, die **Preisentwicklung** zu bagatellisieren, wenn auch der aufgezeigte **Lebenshaltungsindex** und die vorgetragenen **Wochen- und Stundenverdienste** noch keinen chaotischen Zustand erkennen lassen. Wir haben ja, Herr Kollege Hagen, bestimmt Verständnis für berechnete Wünsche oder Forderungen der Gewerkschaften. Ich sage deshalb immer und immer wieder: Wir wenden uns gegen **generelle Lohnerhöhungen**. Wenn Sie mit uns in der Regierung wären, würden Sie genau so wie wir alles aufbieten, um generelle Lohnerhöhungen zu verhindern, weil Sie ebenso wissen wie wir, wenn die **Lohnspirale** in die Höhe geht, dann setzt sich auch die **Preisspirale** in Bewegung und wir fliegen sehr rasch aus dem Weltmarkt wieder heraus, während wir im Augenblick Chancen haben, da und dort hineinzukommen.

(Abg. Hagen Lorenz: Wenn aber die Preisspirale allein in die Höhe geht?)

— Herr Kollege Hagen, deswegen haben wir die einzelnen Preise miteinander verglichen und Zahlen zugrundegelegt. Wir sind sogar in einen Wettbewerb unserer Zahlen getreten, wie wir vorhin bei der Rede des Kollegen Drechsel mit dem Motto gesehen haben: Und einer hat doch die besseren Zahlen. Geht doch einmal davon aus, daß auch die Regierung die besseren Zahlen haben könnte!

(Abg. Dr. Beck: Hat sie nie!)

— Da muß ich wieder sagen, mein lieber Kollege Beck — Kollege Hundhammer mag es nicht übelnehmen —, ich möchte nicht unbedingt annehmen, daß der Heilige Geist auf Ihrer Seite sein Wohnrecht hat.

(Abg. Zietsch: Über die Regierung darf ihn auch nicht für sich in Anspruch nehmen!)

— Das tun wir nicht, wir gehen von einem aus und das müssen wir mit Ernst verfolgen. Es ist nach dem

Korea-Konflikt eine gewisse **Massenpsychose** nicht nur bei uns in Bayern, sondern über ganz Deutschland hinaus in der ganzen Welt eingetreten. Diese Massenpsychose hat eine Tendenz ausgelöst, zu hamstern, sich abzusichern gegen den Krieg, abzusichern aber auch gegen einzelne Erscheinungen des Krieges. Sicher ist das nicht der alleinige Grund, aber doch wohl der wesentlichste Grund für die augenblicklichen Zustände. Da müssen wir alle zusammenhelfen, um dieser Massenpsychose entgegenzutreten.

Wenn es nicht zu weit führen würde, könnte ich aus einer Aufstellung Ziffern für die **Preissteigerungen** herausziehen, die in **Amerika** eingetreten sind, ebenso die Erhöhung der Nachfrage dort. Ich darf nur erwähnen, daß z. B. gerade genau wie bei uns die Nachfrage nach **Zucker** auf das Drei- bis Vierfache gestiegen ist, obwohl doch in Amerika solche Vorräte vorhanden sind, daß eine Erhöhung der Nachfrage bestimmt nicht notwendig gewesen wäre. Daran läßt sich dieser massenpsychologische Vorgang am besten erkennen. Genau so war es bei der **Seifenversorgung**. Das ist das Interessante, daß auf den Spezialgebieten, auf denen die Menschen den Mangel am meisten empfunden haben, sich die **Hamsterpsychose** am stärksten ausgewirkt hat. Die Nachfrage nach Seife ist in Amerika im gleichen Verhältnis gestiegen wie bei uns; sie hat ungefähr das Vierfache der Nachfrage von vor einigen Monaten erreicht.

(Abg. Dr. Beck: Der Schwarze Markt hat zu kommunizierenden Röhren geführt!)

— Es kann vielleicht manchmal sein, aber es muß nicht sein, daß der Schwarze Markt Anteil an dieser Entwicklung hat.

Ich darf vielleicht gerade die Frage vornehmen: Bietet die Regierung alles auf, um gegen Auswüchse aufzutreten? Ich gehe nicht ein auf die Anordnungen, die ich erlassen habe. Es sind einige Erfolge eingetreten und, das weiß der Herr Kollege Hagen, ich bin dankbar, wenn die Gewerkschaften nicht nur hier in der Debatte, sondern auch in guter Zusammenarbeit mit den Justizbehörden ihr Wissen, wie das heute bei der Firma **Lekies** der Fall war, uns unmittelbar mitteilen.

(Abg. Hagen: Ich habe Ihnen seinerzeit Hunderte von Fällen gegeben wegen des Warenschmuggels! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Denen sind wir sehr nachgegangen, aber, Herr Kollege, gelegentlich hat die Waage der Belastungen einmal auch nach der anderen Seite hin ausgeschlagen. Und dann kam bekanntlich die Amnestie, die dann das ganze Gleichgewicht wieder hergestellt hat.

(Heiterkeit.)

Ich darf Ihnen jetzt mitteilen, daß ich bereits Anweisung gegeben habe, die von Herrn Kollegen Hagen vorgetragene Fälle sofort zu untersuchen. Auch die Kriminalpolizei ist schon damit befaßt, und meine Staatsanwaltschaft wird so rasch wie möglich zugreifen. Wir werden dort, wo wir zugreifen können, gewiß zugreifen. Aber, Herr Kollege Hagen, sehen Sie, es gibt Strömungen und Leute, die in solchen Fällen den Grundsatz der **Gewerbefreiheit** betonen und herausstellen. Es kann jetzt sein, daß man dem Staatsanwalt mit dem Hinweis auf die **Gewerbefreiheit** entgegentreten und erläutern wird, daß eine Firma, die mit **Radioröhren** han-

(Dr. Müller, stv. Ministerpräsident)

delt, eventuell auch die Freiheit hat, mit Zucker zu handeln. Das haben wir nun davon.

(Abg. Drechsel: Aber keine Schieberwirtschaft!)

— Es wird zu prüfen sein, ob es Schiebergeschäfte waren. Ich möchte nur auf diese Gefahr für ein strenges Durchgreifen hinweisen, die bei den Ermittlungen sich ergeben kann.

Ich darf, ohne in eine tiefgründige Analyse für die Zukunft eintreten zu wollen, für die Staatsregierung erklären, daß auch wir für die künftige Entwicklung ganz bestimmte Sorgen haben, und zwar vor allem dann, wenn die **Rüstungsproduktion** sich weiterhin auf die Weltmarktpreise auswirken sollte. Wir können zwar feststellen, daß für einzelne Rohstoffe, zum Beispiel beim Kautschuk, bereits fallende Tendenzen bemerkbar sind. Wir wissen aber nicht, wie der Grad der Rüstung sein wird; denn den bestimmen nicht wir und für den ist auch die Staatsregierung nicht verantwortlich zu machen.

(Abg. Drechsel: Bei der Wolle ganz katastrophal!)

— Auch das kann sich auswirken. Die Befürchtungen des Herrn Abgeordneten Drechsel nach dieser Richtung sind nicht ganz gegenstandslos, sie werden von uns keineswegs bagatellisiert werden. Die bayerische Staatsregierung wird diese Frage in allernächster Zeit mit dem Bundeswirtschaftsminister grundsätzlich erörtern; denn wir müssen gerade im Augenblick davon ausgehen, daß diejenigen nicht ganz recht haben, die annehmen, die **Entwicklung in Korea** würde dazu führen, daß unsere Wirtschaft über alle Krisen hinwegkommt. Es kann sein, daß uns manche Sorge genommen oder verkleinert wird, vor allem die Sorge um eine **Arbeitslosigkeit**. Aber wenn wir nicht sehr genau obacht geben und wenn wir dann nicht zusammenstehen, dann kann aus einer solchen Entwicklung heraus die Massenpsychose leicht wieder in falsche Bahnen gehen, falsche Wege gehen, und dem Volk würden dann selbst Vorteile, die bei guter Vorsicht wahrgenommen werden könnten, nicht zugute kommen, im Gegenteil, das Volk würde nur wieder Leidtragender sein.

Wir alle, die wir hier beisammen sind, tragen ja diese Sorgen gemeinsam; denn ich glaube, wir können

doch sagen, wenn wir einen Querschnitt durch dieses Haus ziehen würden, dann würden es nur wenige sein, die keine Sorgen haben.

(Abg. Drechsel: Es sind wenige Aktienbesitzer da!)

Wir werden sicher gerade in Bayern immer eine solche Grundlage der Gesellschaftsordnung haben, daß wir auf den arbeitenden Menschen, auf den Lohn- und Gehaltsempfänger, auch auf die anderen, die verarmt sind, auch auf die Flüchtlinge und alle Kreise, die durch eine krisenhafte Entwicklung in Not geraten, besonders Rücksicht nehmen können und werden. Denn sollten sie Not leiden, so würden die anderen nur vorübergehend von der Not ausgenommen sein.

Deshalb bitte ich Sie, zu glauben, daß es der bayerischen Staatsregierung ernst ist. Ich verspreche Ihnen, sehr genau alle Vorgänge zu beobachten, die draußen in der Wirtschaft und im sozialen Leben sich bemerkbar machen. Wir werden nicht zögern, zu handeln, wenn es uns die Rücksichtnahme auf die Interessen des Volkes gebietet.

(Beifall bei der CSU und vereinzelt bei der FDP.)

Präsident Dr. Stang: Meine Damen und Herren! Mit diesen Ausführungen des Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Josef Müller ist die Besprechung der Interpellation beendet.

Ich schlage nun vor, die Sitzung zu vertagen und die nächste Sitzung zu halten morgen, Mittwoch, den 6. September 1950, vormittags 9 Uhr, und zwar mit folgender Tagesordnung, die Ihnen noch ausgehändigt wird: Besprechung der Interpellationen, ferner Berichte des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, kurz der ganze Rest der großen Tagesordnung, die für heute zusammengestellt war. Wir müssen ferner Beschluß fassen über den Dringlichkeitsantrag Stock und Genossen zur Preissteigerung und über die Anträge auf vorgriffsweise Stellenbesetzungen.

(Zuruf: Nicht die Fragestunde?)

— Auch die Fragestunde. Das Haus ist mit der Tagesordnung einverstanden. Ich stelle das fest und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr und 48 Minuten.)